

Er scheint

wöchentlich einmal  
in  
Büch (Schweiz).  
Verlag  
der  
Volkshandlung  
Göttingen-Zürich.

Postsendungen  
franko gegen franko  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

№ 25

Donnerstag, 19. Juni

1884.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, beginnend mit dem 1. Juli d. J. wird die hiesige Redaktion sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzugeben. So ist die kürzeste Distanz im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksicht auf die Kosten der Briefe, die Postämter über den wahren Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu klären, und letztere dadurch zu klären. Günstigere Bedingungen ist hier einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unerschütterliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In jenseitigen Fällen empfiehlt sich jedoch größter Sicherheit Kommando. Sowie an uns liegt, werden wir gewiß weder Nähe noch Kosten scheuen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Abonnements

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrespreis von:  
Fr. 2 — für die Schweiz (Streuhand)  
Fr. 3 — für Deutschland (Gewerblich)  
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gewerblich)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Streuhand).

Inserate

die dreispaltigen Zeitzeile  
25 Gts. — 20 Pfg.

### Parteienoffen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Fata morgana.

Man kann heute kaum eine deutsche Zeitung in die Hand nehmen, ohne auf Artikel zu stoßen, in denen für irgend welche Kolonialprojekte Resonanz gemacht, die Gründung und Förderung von Kolonien als eine der heftigsten Aufgaben Deutschlands hingestellt und empfohlen wird. Jedes Schlagwort, das nur irgend geeignet ist, der großen Masse zu imponieren, muß dafür gehalten, die Stimmung für die zu eröffnende Ära einer deutschen Kolonialpolitik zu erhöhen. Das wirtschaftliche, das politische, das nationale Interesse Deutschlands erheischen es angeblich, daß überall auf der Erde, wo noch ein friedliches kolonisationsfähiges Bodens vorhanden ist, die deutsche Flagge aufgestellt werde, deutscher Unternehmungsgeist Gelegenheit erhalte, sich zu betätigen.

Man weist auf Frankreich, auf England hin; und zu keiner Zeit wird im tugendhaften Deutschland mit tugendhafterer Enttäuschung über die englische Vandalenhergezogeten, als just in dem Moment, wo die Vandalen in Deutschland einen geradezu fieberhaften Charakter angenommen hat.

Die allgemein diese Kolonisationsfucht ist, erblickt man aus der Thatsache, daß sich in den Kolonialvereinen und -Gesellschaften Männer aller Parteischattierungen — die Sozialisten natürlich ausgenommen! — zusammenfinden. Da tagt eine fortschrittliche GröÙe friedlich neben einem hochkonservativen Aristokraten, ein Leopold Sonnemann neben einem Fürsten von Hohenlohe. Auf welches empfängliche deutsche Gemüth sollte das keinen Eindruck machen?

Es ist unter solchen Umständen wohl nicht ungerechtfertigt, wenn sich auch der „Sozialdemokrat“ mit dieser allgemein erörterten Frage beschäftigt — zum wenigsten soviel das in seinem Rahmen möglich ist. Denn es handelt sich da, wie wir sehen werden, allerdings um eine Sache von verhängnisvoller Tragweite.

Alle Kolonisationsbestrebungen gehen von Voraussetzungen aus, die sich in die Worte zusammenfassen lassen: Ueberdückerung und Ueberproduktion — zwei Dinge, welche sich logischerweise ausschließen sollten. Denn wenn ein Land mehr produziert, als es zu verbrauchen im Stande ist, so kann von einer Ueberdückerung keine Rede sein; und wenn ein Land überdückert ist, d. h. seine Bevölkerung nicht mehr ernähren kann, dann kann von Rechts wegen von keiner Ueberproduktion die Rede sein.

Nun hat es aber überhaupt noch nirgends eine absolute Ueberproduktion gegeben, sondern lediglich relative — und zwar relativ nicht in Bezug auf die Produktions- und Konsumtionsfähigkeit überhaupt, sondern nur insoweit dieselben durch die bestehende Produktionsweise und den ihr entsprechenden Verteilungsmodus eingeschränkt wurden.

Wer die Kolonisationsbestrebungen untersucht, sieht somit — bewußt oder unbewußt — die heutige, bürgerliche, auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhende Produktionsweise als erhaltenswerth voraus, will ihren Bestand dadurch verlängern, daß er Abfluß für den Ueberfluß des kapitalistischen Deutschlands an Menschen und Produkten sucht. Wenn also die Kapitalistenklasse für Kolonien schwärmt, so ist das ganz in der Ordnung oder mindestens begrifflich, was aber die Arbeiterklasse für ein wirkliches Interesse an denselben haben soll, ist uns bis heute noch ein Räthsel.

Ja, wird man uns entgegen, auch die Arbeiter haben ein Interesse daran, daß durch Kolonien der Absatz und damit die Produktion gesteigert wird.

Freilich, freilich, wenigstens soweit es sich für ihr Leben und Sterben handelt. Aber damit muß man uns nicht in einem Moment kommen, wo in dem Lande, das die meisten und größten Kolonien hat, in England, trotz dieser Kolonien die Ueberproduktion chronisch geworden ist; wo die Produktion sich in einem Grade entwickelt hat, daß die Vermehrung des Abfalls, die durch die in Aussicht genommenen oder überhaupt möglichen Kolonien bewirkt werden kann, bereits vor ihrer Realisierung vorweggenommen wird. Man überlege sich nur, was es heißt, eine abfallfähige Kolonie errichten!

Die intelligenteren Elemente der Kapitalistenwelt sind sich dessen auch klar, sie haben aber ein drittes Moment im Auge: die Verwerthung des überschüssigen Kapitals.

Ja, wir haben auch Ueberproduktion an „Kapital“. Das erscheint nicht so plausibel, wie die Ueberproduktion an Waaren und Menschen, ist aber doch wahr! Man höre nur die armen Kapitalisten, wie sie klagen, daß sie gar nicht mehr wissen, worin sie

ihr Geld anlegen sollen. Ueberall reduziert man den Diskont — von rechtsschaffenen Zinsen ist nirgends mehr die Rede. Der einzige Lichtblick in dieser trostlosen Situation sind die — Kolonien. Da sind noch Profite zu erzielen, das Einem das Herz im Leibe laßt, da lohnt es sich noch, sein Geld in spekulativen Unternehmungen anzulegen, besonders wenn der Staat als Protektor und Bürge dahintersteht! Für das nothleidende Kapital sind neue Kolonien allerdings etwas sehr Wünschenswerthes.

Und ist es kein Vortheil für die Arbeiter, hören wir weiter fragen, wenn selbst auf diese Weise Geld aus den Kolonien ins Land gebracht wird? Mögen die Kapitalisten in den Kolonien wirtschaften, wie sie wollen, wenn sie nur das Erworbene später daheim verzehren und Geld unter die Leute bringen.

Auch das ist eine Illusion.

Einmal fehlt es gar nicht, wie wir eben andeuteten, an Geld im Lande, vielmehr gerade weil das Land, d. h. die Kapitalistenklasse, so reich ist, ist das Volk so arm; denn eben solche Geldunter-die-Leute-Bringer wirken im höchsten Grade schädlich auf den Wohlstand des Volkes ein.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus haben die Arbeiter kein Interesse an Kolonien.

Kommt schließlich das „nationale“ Interesse. Sollen denn wir Deutsche, heißt es, immer und ewig Andern das Feld überlassen? Erheischt es nicht schon das Ansehen der Deutschen im Auslande, daß Deutschland Kolonien besitzt oder Kolonien unter seinen Schutz nimmt? Und hat nicht der deutsche Arbeiter in dieser Beziehung das gleiche Interesse wie der deutsche Bourgeois?

Wer so fragt, stellt die Frage falsch. Er sagt Kolonie und meint Marine. Die Kolonie trägt nichts dazu bei, das Ansehen der Deutschen im Auslande zu heben, wenn nicht hinter ihr eine Marine steht. Aber die Marine braucht keine Kolonien. Sie ist längst das Schoßkind der deutschen Bourgeoiswelt. Für die Marine wird Alles bewilligt — ja noch mehr, apporportirt. So wurde z. B. für die letzthin neben den Summen des ordentlichen Etat geforderten 20 Millionen für die Marine schon Wochen vorher Resonanz gemacht — in der volksparteilichen „Frankfurter Zeitung“!

Zudem steht das Ansehen, welches die Marine in fremden Erdtheilen verschafft, auf derselben Höhe wie das Ansehen, welches das herrliche Kriegsheer in Europa verschafft. Und wer dieses für entscheidlich hält, der wird auch die Marine in ihrer heutigen Form für nicht unentbehrlich ansehen. Die Frage des „Ansehens“ steht und fällt mit der Herrschaft der Bourgeoisie, ist eine eminent bürgerliche Frage; der Arbeiter spürt von ihr sehr wenig; er wird mit oder ohne Marine, mit oder ohne Kolonie geschunden.

Ob deutsche oder englische Kapitalisten die Kolonien ausbauen, kann der Arbeiterschaft gleich sein, sie hat nur ein Interesse: Weiden das Handwerk so bald als möglich zu legen.

Vergißt sie das, läßt sie ihre Blicke durch irgend welche Versprechungen, Vorpiegelungen von diesem Ziel ablenken, dann trägt sie selbst dazu bei, die Stunde ihrer Befreiung zu verzögern. Wer A sagt, muß auch B sagen. Wer heute Kolonien sagt, sagt auch Kolonialkriege, sagt Panzerschiffe, sagt Kolonialarmee und stehendes Heer, sagt mit einem Wort Militarismus!

Die bürgerliche Welt hofft durch Kolonialunternehmungen ihr wankendes Reich noch auf einige Zeit halten zu können; für die arbeitende Welt bedeutet das soviel wie Verlängerung ihrer Knechtschaft. Alle die schönen Dinge, die man ihr vorhält als wohlthätige Folgen der Kolonisation sind nichts als Lustspiegelungen — Fata morgana!

### Die Theorie des Klassenkampfes.

Vortrag von Paul Lafargue.

II.

In den Ameisenkolonie herrscht der absolute Kommunismus. Die Arbeit ist ohne Zwang und wird mit unermüdlichem Eifer verrichtet. Salomon stellte die Ameisen seinen südländischen Untertanen als Muster hin: „Zaukenger, geh' hin zu der Ameise, betrachte ihre Wege und werde verständlich. Sie hat keinen Vorgesetzten, keinen Anführer, keinen Statthalter, und doch sorgt sie im Sommer für ihr Brod und sammelt während der Ernte Nahrungsmittel.“

In der Ameisenkolonie gehört Alles Allen. Das kommunistische Gefühl der Ameisen geht soweit, daß sogar die bereits gewonnenen Nahrungsmittel noch eine Zeit lang der Gemeinschaft zur Verfügung stehen. Ihre Verdauungskanal ist in zwei Theile getheilt; der eine, und zwar der vordere, ist eine Art Speiseröhre für die Kolonie; die Speiseröhre ist stark ausgedehnt und bildet eine Art Kropf, der eine große Menge von flüssigen Nahrungsmitteln in sich zu halten vermag. Wenn es nötig ist, werden die darin befindlichen Flüssigkeiten regurgitirt (wieder ausgebrochen), zum Zwecke der Ernährung ausgehungerteter Kameraden: der Larven, der Männchen und der Weibchen, welche nicht im Stande sind, sich ihre Nahrung zu verschaffen.

Bei gewissen australischen Arten ist diese Eigenthümlichkeit benutzt worden, eine gewisse Anzahl Ameisen in wirkliche Konfliktlöse zu verwenden; man stopft sie mit Säften voll, welche aufzubewahren und zur gewünschten Zeit zurückzugeben ihre Aufgabe ist.

Nicht nur in den einzelnen Ameisenhaufen herrscht Ordnung und Harmonie, dieselben unterhalten sogar manchmal friedliche Beziehungen zu benachbarten Haufen, obwohl sie sich im Allgemeinen im heftigsten Kriege mit einander befinden. Forrel hat in einer Ebene in der Umgebung von Genf, der Petite-Salvée, eine Ameisen-Nation beobachtet, die aus mehr als hundert Kolonien bestand, welche im tiefsten Frieden mit einander lebten; in einer nordamerikanischen Ebene, im Bezirk des Alleghany-Zuges, hat Mc Cole 1600—1700 kegelförmige Ameisenbauten von zwei bis fünf Fuß Höhe gefunden, deren Bewohner sämmtlich mit einander verbündet waren; sie griffen sich niemals an, vereinigten sich zur Verdrängung der äußeren Feinde (Spinnen, Schlangen u. s. w.) und halfen sich gegenseitig bei dem Bau und der Ausbesserung ihrer Nester. Es war eine Art Ameisen-Föderation.

Die erwähnten Thatsachen — ich könnte deren noch sehr viele anführen — zeugen von einer so hohen geistigen Entwicklung, daß Darwin mit Recht ausrufen konnte: „Das Gehirn einer Ameise ist eines der wunderbarsten Theile der organischen Materie, und vielleicht noch wunderbarer als das Gehirn des Menschen.“

Diese unvergleichliche geistige Entwicklung kann man nicht der Lebenskonkurrenz der Herren Darwinianer zuschreiben, wohl aber der beschäftigenden und erziehenden Wirkung der künstlichen, durch die Ameise selbst geschaffenen Verhältnisse; Verhältnisse, welche im Innern des Haufens jeden Kampf, jede individuelle Konkurrenz unterdrücken, um einzig und allein den Kollektivkampf der gesammten Kolonie gegen die umgebende Natur fortbestehen zu lassen.

Wie die neuesten historischen Forschungen beweisen, war der Kommunismus die erste ökonomische Form, in welcher menschliche Gesellschaften auftraten. In Asien, Australien, Afrika, ja selbst in Europa findet man noch heute Völker, welche kein individuelles Eigentum an Grund und Boden kennen, ausgenommen demjenigen des Hauses (der Hütte) und des dazu gehörigen Gartens. Das ganze Land befindet sich im Kollektiv-Besitz des betr. Stammes; der pflügbare Boden wird gemäß dem lokalen Herkommen entweder jährlich oder alle drei oder sieben Jahre unter den Familien vertheilt; Wälder und Weideland bleiben ungetheiltes (Gesammt-) Eigentum. Diese Kollektivform des Eigentums gestattet eine Organisation von Gesellschaft und Familie, wie wir sie bei keiner der auf anderen Eigentumsformen basirten Gesellschaften antreffen.

Man findet bei allen Völkern mit Kollektivbesitz, trotz der Unterschiede der Rasse und des Klimas, die nämlichen Laster, Lebensweisen und Tugenden, nahezu gleiche Gewohnheiten und Denkweise; die künstlichen Bedingungen rufen bei den durch die natürlichen Verhältnisse verschiedenartig gestalteten Rassen die nämlichen Erscheinungen hervor. So ist der Diebstahl, die hervorragende Tugend des jüdischen, unter der Herrschaft des individuellen Eigentums stehenden Bourgeois, in den ursprünglichen Gemeinwesen völlig unbekannt; alle Mitglieder derselben arbeiten; nicht ein einziges lebt davon, daß es in anderem arbeiten läßt und ihm einen Theil seiner Arbeitsprodukte entzieht; sie leisten ohne Zwang einander Dienste und denken nicht daran, eine Belohnung zu beanspruchen. Wenn in Rußland oder in Indien eine Familie ihre Ernte nicht rechtzeitig einbringen kann, so helfen ihr die anderen Familien, und erwarten anstatt irgend welchen Lohnes höchstens ein Gelage, wo man in vollen Zügen trinkt. In diesen ursprünglichen Gemeinwesen gibt es keine Gesetze; das, was wir Gerechtigkeit, Recht und Pflicht nennen, kennt man nicht; es gibt nur Gewohnheiten, Ueberlieferungen. Die einzige Strafe für denjenigen, der das Herkommen verletzt, ist die allgemeine Mißbilligung; hin und wider ist in gewissen indischen Gemeinwesen der Schuldige zur Bezahlung einer bestimmten Menge Weines verpflichtet, die dann bei den öffentlichen Lustpartien vertrunken wird.\*

Ohne Zulassenahme irgend welcher Unterdrückungs-Einrichtungen der sogenannten zivilisierten Nationen (Polizei, Gerichte, Strafanstalten u.) herrscht beständige Ordnung und vollkommene Harmonie in den ursprünglichen Gemeinwesen, obgleich sie, gleich den Ameisenhaufen, gewöhnlich Krieg gegen einander führen. Alles Fremde gilt ihnen als feindlich; dieses Gefühl findet seinen klassischen Ausdruck in dem lateinischen Worte hostis, welches sowohl Feind als fremd bedeutet. Die französischen Wörter hôte (Gast, Fremder) und hostileté (Feindseligkeit) sind von hostis abgeleitet.

Und gerade dadurch, daß die ursprünglichen menschlichen Gesellschaften sich unter künstlichen Bedingungen in der Weise entwickelten, daß jeder individuelle Widerstreit, jeder individuelle Kampf um's Dasein — um mit Darwin zu sprechen — unterdrückt wurde, ist es dem Menschen gelungen, sich in seiner Entwicklung über das Thier zu erheben.

Die Kämpfe innerhalb der menschlichen Gesellschaften kommen erst da zum Vorschein, wo die Kollektivform des Eigentums verschwindet und die Gesellschaft sich in Klassen mit entgegengesetzten Interessen scheidet; indeß nimmt der Kampf um's Dasein innerhalb der menschlichen Gesellschaften niemals die Form an, welche er bei den Thieren und Pflanzen aufweist, und vor Allem führt er nicht zu denselben Resultaten.

In den Ameisenkolonien theilen sich die Ameisen, und die für den Bestand der Gemeinschaft unbedingt erforderlichen Leistungen zu verrichten, in Kategorien, Klassen: in die Klasse der zeugenden (Weibchen und Männchen) und in die Klasse der Geschlechtslosen, welche wieder zerfallen in die Klasse der Krieger und die der Arbeiter; der letztgenannten liegen alle Arbeiten ob, die übrigen Klassen haben nur für die Fortpflanzung und Vertheidigung der Gemeinschaft Sorge zu tragen; diese verschiedenen Ameisenkategorien spielen eine wesentlich nützliche Rolle. Die Eintheilung der Mitglieder ein und derselben Gemeinschaft in Kategorien und Klassen vollzieht sich auch in den menschlichen Gesellschaften; diejenigen Klassen, die von der Sorge um ihre Ernährung und ihren Unterhalt befreit sind, haben ursprünglich immer eine nützliche, für den Bestand der Gemeinschaft, die ihnen ihre Existenzmittel schafft, unentbehrliche Funktion erfüllt. Während der Priesterherrschaft bei den Juden, Indiern, Egyptern, Galliern u. s. w. waren — so lange die

\*) „In Indien“, schreibt der berühmte englische Jurist D. S. Mayne, „ordnet der Kastenrat der Dorfgemeinden nie etwas an, er thut einfach das kund, was immer gegolten hat... Recht und Pflicht im juristischen Sinn des Wortes gibt es nicht: wenn in einer indischen Gemeinschaft jemand verletzt wird, so beschwert er sich nicht über eine individuelle Ungerechtigkeit, sondern über die in die ganze Ordnung der kleinen Gesellschaft hineingetragene Störung; und was noch merkwürdiger ist, das herkömmliche Gesetz steht in Kraft, ohne irgendwie sanctionirt zu sein. In dem beinahe undenklichen Falle von Angehörigen gegen die Entscheidungen des Rathes würde vermuthlich die einzige sichere Strafe in der allgemeinen Mißbilligung bestehen.“ — Mayne, Die Dorfgemeinschaften des Ostens und Westens, 1871.

\*) Sprüche, Kap. VI, B. 6, 7 und 8.

Buchstabenchrift noch nicht erfunden war — die Priester die Bewahrer der Ueberlieferung und der erworbenen Kenntnisse; sie waren mit der Verwaltung der Gemeindegüter und der Generalleitung der Arbeit betraut. Ebenso hat die Feudalherrschaft in Europa und Asien ursprünglich ihren Nutzen gehabt. Der Bauer stellte sich unter die Schutzhoheit eines Feudalherrn und verpflichtete sich, ihm einen Tribut in Naturalabgaben (Getreide) und Arbeit (Frohne, Dienst) zu zahlen, unter der Bedingung, dafür gegen die zahlreichen Feinde geschützt und vertheidigt zu werden, denen er ausgesetzt war. Der Feudalherr mußte ein Kastell besitzen, wo der Bauer im Falle eines Angriffs sein Vieh und seine Ernte in Sicherheit bringen konnte, er war ferner verpflichtet, eine gewisse Anzahl Bewaffneter zu unterhalten, um die Angriffe juristisch zu können. „Aus dem Gesetz der Arbeitsteilung“, sagt Engels, „beruht die Theilung der Gesellschaft in Klassen.“\*)

Allein die von der Arbeit befreiten Klassen haben ihre soziale Ueberlegenheit nicht stets gemüßbraucht, und der Mißbrauch, den sie mit ihren Privilegien trieben, wurde um so schädlicher und unerträglicher, als die nützlichen Funktionen, die sie erfüllten hatten, in Folge der Veränderung der sozialen Verhältnisse, aus denen sie herausgewachsen waren, immer mehr an Bedeutung verloren. Alle haben sie zur Gewalt und zum Raube, zur List und zum Betrüge ihre Zuflucht genommen, um ihre Herrschaft auf Kosten der arbeitenden Klasse zu erweitern und zu befestigen, und die Leitung der Gesellschaft in Ausbeutung der Massen zu verwandeln. So nützlich und wohlthätig die von der Arbeit befreiten Klassen ursprünglich auch waren, so sind sie schließlich doch immer schädliche Unterdrücker geworden.

Um sich als Unterdrücker zu behaupten, bedienten sich die emanszipierten Klassen, sobald sie zu herrschenden geworden sind, sowohl der geistigen wie der wohlorganisirten brutalen Gewalt. In meinen früheren Vorträgen habe ich gezeigt, wie die Bourgeoisie, so lange sie gegen den Adel kämpfte, für Volktause Schwärme, sich aber, sobald sie herrschende Klasse geworden, verpflachte, wie sie die liberale Religion mit ihren Öktern „Fortschritt, Freiheit, Arbeit, Natur, Gesetze der politischen Ökonomie u. s. w.“ erfand, und wie sie schließlich den Versuch machte, die gesellschaftliche Unterordnung der arbeitenden Klasse im Namen der Naturwissenschaft zu befestigen.

Die Aristokratie hat den gleichen Entwicklungsgang durchgemacht: es gab eine Zeit, wo zwischen Papst und Kaiser, Baron und Bischof, Schloß und Kirche offener Krieg geführt wurde; und doch verbanden sich schließlich die feindlichen Brüder miteinander zum Zwecke der intellektuellen und physischen Unterdrückung der Arbeiter in Stadt und Land.

Die brutale Unterdrückungsgewalt (Armee, Polizei, Gerichte, Staatsanwaltschaft u. s. w.), deren sich die herrschenden Klassen bedienen, wächst in dem Maße, als sie selbst unnützer werden, und als die unterdrückte Klasse größer wird und für ihre entgegengesetzten Interessen eintritt. Die unteren Klassen können ihre Emancipation nur dadurch herbeiführen, daß sie sowohl die intellektuelle als die physische Uebermacht der herrschenden Klasse vernichten, dem Kampf mit bewaffneter Hand einen vorbereitenden, theoretischen Feldzug voranzugehen lassen.

Wenn es gilt, den Forderungen oder Gewalttätigkeiten der unterdrückten Klasse Widerstand zu leisten, so bildet die herrschende Klasse eine geschlossene Phalanx, obgleich in ihrem Schooß die größte Uneinigkeit herrscht; 1848 und 1871 haben wir gesehen, wie sämtliche politische Fraktionen der Bourgeoisie ihre Hände einstellten und sich zur Unterdrückung der Volkserhebung verbanden. Die politischen Fraktionskämpfe der herrschenden Klasse sind indes nur äußerlich und geben nur ein mangelhaftes Bild von den inneren Kämpfen, die sich fortgesetzt innerhalb derselben abspielen. In der That, um mit Marx zu reden: „wenn alle Mitglieder der herrschenden Klasse insofern die nämlichen Interessen haben, als sie eine Klasse bilden gegenüber einer anderen Klasse, so haben sie entgegengesetzte, feindliche Interessen, sobald sie sich selbst einander gegenübersehen.“ Für die Bourgeoisie ist dieser Gegensatz die Folge ihrer bürgerlich-ökonomischen Lebensbedingungen.\*\*)

## Wer ist Kapitalist?

In Nr. 23 unseres Blattes veröffentlichten wir unter dem Titel: „Eine bemerkenswerthe Spitzel“ einen Brief eines „Bourgeois an seinen Sohn“ und knüpften daran eine kurze Erörterung. Als Erwiderung auf dieselbe geht uns heute eine Zuschrift mit dem Ersuchen um Abdruck zu, der wir gern nachkommen.

Der Einsender schreibt:

„Marx spricht von „Aneignung“ fremder Arbeit und nicht von „gestohlener“ Arbeit — gut! War die Aneignung eine ungerechte, unmoralische — und diesen Sinn unterlegt der Verfasser des „Kapital“ —, so ist zwischen dem „juristischen“ Begriff „gestohlen“ und dem sozialpolitischen „Aneignung“ von „Fremdem“ kaum ein Unterschied.“

Sagt doch Jean Jacques Rousseau irgendwo: daß die Gesetze von den Reichen gemacht seien als Schutz gegen die gerechten Repressalien der Armen!

Ich irre also nicht gewaltig, wenn ich Marx das Wort: „gestohlene Arbeit“ unterstellt habe.

Dagegen finde ich die eigenhümliche und willkürliche Erklärung des Begriffs „Kapitalist“ von Seiten der Redaktion des „Sozialdemokrat“ durch nichts gerechtfertigt, wenn er sagt:

„Sein Holzfäller ist deshalb kein Kapitalist, weil ihm ein notwendiges Möbel dazu fehlt: der Lohnarbeiter. Der Mann mag noch soviel „Kapital“ aufhäufen — er ist doch kein Kapitalist, denn sein Holz „arbeitet“ nicht.“

Diese Auffassung von „Kapitalist“ ist höchst einseitig, weil die „Lohnarbeit“ nicht den Kapitalisten zum Kapitalisten macht.

Der Kapitalbesitz des Einzelnen ist eine soziale Ungerechtigkeit und daher zu bekämpfen, mit oder ohne Lohnarbeit!

Bei der Anarchie, die in unseren Gesellschaftszuständen herrscht, kann ein Besitzer von Werthgütern leben, schweigen, faulenzeln, Lebensmittel vernichten — ohne zur Mitwirkung neuer Sachgüter beizutragen. Darin besteht die Ungerechtigkeit. Es ist kurz gesagt: der Lebensgenuß ohne entsprechende gesellschaftliche Gegenleistung.

Es läßt sich ein Kapitalbesitzer denken, der sein Kapital nicht arbeiten läßt; so kenne ich einen hiesigen jungen Mann, der sein ererbtes Vermögen zu baar Geld machte, es in seine Kommode verpackte, davon lehrte und lange davon lehrte, weil es ein sehr bedeutendes Vermögen war. War das nicht ein Kapitalist? Er besaß Kapital, und doch fehlt der Lohnarbeiter!

Es ist unrichtig zu sagen: Erst das „Arbeitslassen“ der Kapitalisten stempelt den Besitzer zum Kapitalisten.

Das Leben können aus aufgeschauften Sachgütern, ohne gesellschaftliche Gegenleistung, ist die wahre Erklärung des Begriffs „Kapitalist“.

Daher war mein Holzfäller, als er sich aus seiner jahrelangen Arbeit einen Haufen Dollars aufgeschauft hatte, aus denen er später ohne Arbeit essen konnte, ein Kapitalist im vollen Sinne des Wortes, und doch hatte er sich keine fremde Arbeit angeeignet.“ — So der Einsender.

Wir glauben, die beiden Streitfragen sind interessant genug, hier noch einmal erörtert zu werden.

Auf den ersten Blick könnte es höchst gleichgültig erscheinen, ob man beim Kapital von „gestohlener“ oder angeeigneter fremder Arbeit spricht, denn im Grunde läuft ja die Sache auf das Gleiche hinaus: der Arbeiter wird vom Kapitalisten ausgebeutet. Tatsächlich aber ist es von ganz besonderer Bedeutung für die Beurteilung der gesellschaftlichen Einrichtung, daß wir uns dieses Unterschiedes recht klar werden. S e h e n wir, wie die Aneignung im Widerspruch mit den geltenden Rechtsansprüchen. Davon kann aber bei der Aneignung des Mehrwerts der Arbeit gar keine Rede sein — sie geschieht in vollkommener Uebereinstimmung mit den Gesetzen und Rechtsbegriffen der modernen bürgerlichen, warenproduzierenden Gesellschaft. Nicht nur der Kapitalist, sondern auch der Arbeiter, soweit letzterer nicht durch den modernen Sozialismus über das Wesen des modernen Produktionsprozesses aufgeklärt ist — hält die Sache für ganz in der Ordnung. Er verlangt möglichst günstige

Arbeitsbedingungen — a fair pay for a fair work (für rechtshaffene Arbeit rechtshaffene Bezahlung), wie der englische Gewerkschafter sagt — versteht aber keineswegs darunter, daß der Kapitalist überhaupt auf den Mehrwert verzichten soll. Er will den „Worth“ seiner Arbeit erhalten, und das Großartigste des Marx'schen Kapitals ist eben der Nachweis, daß der Arbeiter den Worth seiner Arbeit\*) erhalten kann und doch der Geizhals ist, daß es eben der Waarencharakter der Arbeit ist, der Fehler liegt.

Die Arbeitskraft ist eine Waare, deren Preis durch Angebot und Nachfrage reguliert wird und deren Worth wie der jeder anderen Waare durch die zur ihrer Herstellung notwendigen Kosten, in diesem Falle also durch die notwendigen Unterhaltskosten, bestimmt wird. „Preis der Arbeit“ und „Worth der Arbeit“ können gleich sein, ja der Preis kann sogar den Worth der Arbeit noch um ein Beträchtliches übersteigen, und doch der Arbeiter ausgebeutet werden, denn die menschliche Arbeit ist die einzige Waare, die in ihrem Bewertungsprozess Mehrwert erzeugt. Das erscheint auf den ersten Blick ganz selbstverständlich, und doch haben sich die Gelehrten, Sozialisten und Nichtsozialisten, den Kopf zerbrochen, bis Marx die Lösung fand und in glänzender Weise wissenschaftlich begründete. Vor ihm hatten die Sozialisten nach dem Mittel gesucht, der Arbeit ihren „vollen Worth“ zukommen zu lassen, jetzt aber war der Beweis geliefert, daß der Liebe Rache zwedlos, daß nicht im Werthverhältnis, sondern im Produktionsverhältnis der Kern des Übels liege, und daß die Produktionsweise umgestaltet werden müsse, soll die Ausbeutung des Arbeiters ein Ende nehmen.

Vor Marx operierten die Sozialisten mit dem Begriff des Diebstahls, suchten sie die Lücken ihrer Beweisführung durch moralische oder juristische Erörterungen auszufüllen. Marx aber konnte auf dieses billige Auskunftsmittel verzichten, und darum spricht er nirgends von Diebstahl oder „gestohlener“ Arbeit, nennt auch die Aneignung der „fremden Arbeit“ weder ungerecht noch unmoralisch, weil diese Begriffe selbst höchst wandelbare sind, sondern er weist die Art der Aneignung, die Wirkung derselben auf die Enteigneten und die Gesellschaft selbst nach; und da stellt sich ihm heraus, daß diese Wirkung einer ursprünglich durchaus moralisch erscheinenden, von aller Welt als recht und billig betrachteten Sache dieselbe ist, ja noch schlimmer, als würde das geschehen, was die heutige Gesellschaft Diebstahl, Unrecht, unmoralisch nennt.

Und nun zur Frage des Kapitalisten. Hier zeigt sich der Einsender vollständig in der Denkweise der bürgerlichen Vulgärökonomie gefangen, gegen deren Konsequenzen sein Gefühl in so anerkennenswerther Weise sich empört. Ihm ist der Holzfäller, der sich aus seiner jahrelangen Arbeit einen Haufen Dollars aufgeschauert, sich aber „keine fremde Arbeit angeeignet“ hat, ein Kapitalist im vollen Sinne des Wortes, — wenn in diesem Beispiel nicht von den Lobrednern der heutigen Gesellschaft in ähnlicher Weise vorgehalten worden? Auf diese Art erklären sie uns ja in ihren Fabeln, volkwirtschaftliche Kompendien genannt, die Entstehung des Kapitals.

„Solche fabe Rindereien“, sagt Marx im „Kapital“ („Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ S. 742 u. ff.) „laut Herr Thiers z. B. noch mit staatsfeierlichem Ernste zur Vertheidigung der propriété (des Eigenthums) den einsig geistreichen Franzosen vor. Aber sobald die Eigenthumsfrage in's Spiel kommt, wird es heilige Pflicht, den Standpunkt der Kinderfabel als den allen Altersklassen und Entwicklungsstufen allein gerechten festzuhalten.“

Rein, der Holzfäller mag noch soviel Holz fällen und anhäufen, er wird doch kein Kapitalist sein, Kapitalist werden, wenn er nicht gesellschaftliche Einrichtungen vorfindet, die ihn in den Stand setzen, dieses Holz gegen die Produkte der Arbeit Anderer, bezw. den gesellschaftlichen Repräsentanten aller Produkte: Geld, umzutauschen, und vermittelst dieses Geldes von dem Ertrage der Arbeit Anderer zu leben. Das Beispiel, das auf den ersten Blick so ungeheuer einfach erscheint, ist ein sehr komplizirtes, seine Analyse würde uns aber hier zu weit führen; es genügt, denken wir, sie anzudeuten.

Auch das Beispiel des jungen Menschen, der sein ererbtes Vermögen zu Geld machte und lange davon lehrte, ist in keiner Weise geeignet, die Behauptung, daß zum modernen Kapitalisten der Lohnarbeiter gehört, unzustossen. Wir wollen die Frage ganz unerörtert lassen, woher dieses ererbte Vermögen stammt, sondern annehmen, es sei ohne Lohnarbeit vom Himmel herabgefallen. In dem Augenblick nun, wo der junge Mann es zu baarem Geld machte und in seine Kommode verpackte, raubte er ihm eben die Kapitaleigenschaft, machte er es der Fälschung „baar“, Mittel der Ausbeutung zu sein, verfuhr er mit ihm wie der Schatzhüter, dem wir, um wiederum mit Marx zu reden, bei Böckern begegnen, „wo der traditionellen und auf Selbstbedarf gerichteten Produktionsweise ein fest abgeschlossener Kreis von Bedürfnissen entspricht.“

Das ist z. B. in Asien, besonders aber in Indien der Fall, und findet sich sogar noch in einigen von dem „verpestenden Dampf der Zivilisation“ nicht angefackelten Distrikten Europas. Solche Leute Kapitalisten zu nennen, heißt die aus der heutigen Produktionsweise resultierende Kapitaleigenschaft des Geldes auf das Geld schlechthin übertragen, d. h. alle charakteristischen Merkmale des modernen Kapitals verwerfen, ein Verfahren, das wir, wie gesagt, der Vulgärökonomie überlassen können. In der heutigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, und es handelt sich für uns doch um diese und nicht um irgend eine frühere oder auf irgend einer Südeinsel herrschende Gesellschaftsform, ist Kapital die Summe angeeigneter fremder Arbeit — gleichviel ob diese Aneignung direkt oder mittelbar (durch Spekulation, Schenkung, Betrug u. c.) vor sich geht, — die ihren Besitzer, den Kapitalisten, in den Stand setzt, den Mehrwert der Arbeit Anderer sich anzueignen. Ohne Lohnarbeit kein Mehrwert, ohne Mehrwert kein Kapital, kein Kapitalist.

## Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 18. Juni 1884.

— Auch ein Beitrag zur Parteimoral. Ein unter national-liberaler Flagge segelndes Reptil, als dessen Chefbedakteur Herr C a j u s D ö l l e r — bekannt durch seine Lobrede auf den Bismarck'schen „Süddeutsche Presse“ — figurirt, die biederer „Oberfelder Zeitung“, bemerkt unseren letzten Artikel: „Zur Taktik der Sozialdemokratie“ zu einem allerliebsten journalistischen Taschenspielerstückchen, im gewöhnlichen Leben Fälschung genannt. Weil wir die verschwommene, sozialistisch-schillernde Phrase als einen noch schlimmeren Feind als das sogenannte Mandeschterthum bezeichnet haben — einen Satz, den wir in jeder Beziehung aufrecht erhalten —, bezogt der Bismarck'sche Reptil, wir hätten das Mandeschterthum unter unsere Fittige genommen; und aus der Tatsache, daß wir die Nothwendigkeit betonten, den wahren politisch-reactionären Charakter der Bismarck'schen „Sozialreform“ zu denunciren, ließ es das „indirekte Geständnis“ von der für ihr (d. h. der Sozialdemokratie) Ansehen bedrohlichen Bedeutung der „Sozialreform“ heraus. Welche beiden Entbedungen natürlich zum größeren Ruhme des Reichstanzlers und zu einem der berühmten Ruzirritte auf den Armen „Freisinn“ benutzt werden. In unserem Artikel liegt die „tiefe Geringschätzung für den deutschen Freisinn.“

Nun, was wir von dem „deutschen Freisinn“ halten, darüber hat der „Sozialdemokrat“, dächten wir, sich von jeder so unweidlich ausgedrückt, daß man schon ein „doctor philosophiae“ sein muß, um in besagtem Artikel irgend etwas Neues über diese traurige Mischung von hyperlokalen Hohenzollernthum und liberaler Phrasologie zu finden. Ja, wenn der „Freisinn“ die Titel, die ihm von Bismarck und seinen Organen angehängt werden, wirklich verdient, das wäre etwas Anderes! Da könnte man unter Umständen wirklich „ein Wahlbündnis mit ihm eingehen“, aber — „in dieser Beziehung ist der Satz nicht mehr zeitgemäß“, heißt es in besagtem Artikel.

Der Bismarck'sche Volkssozialismus könnte unserer Partei, allerdings gefährlich werden, darin hat das Amphibium von der Wupper Recht. Rämlich dann, wenn wir uns durch die „verschwommene sozialistisch-schillernde Phrase“ verführen lassen, für ihn „auch nur zum Schein“ einzutreten. Dann wäre es um das Ansehen unserer Partei geschehen, bei den Arbeitern! Denn der Bismarck'sche Volkssozialismus, diese Karrikatur des wissenschaftlichen Sozialismus, erträgt sich zwar des Beifalls aller arbeitersfeindlichen Kreise, die Arbeiter selbst aber danken für dieses Übel.

\*) d. h. seiner verkauften Arbeitskraft.

Wäre dem nicht so, dann wäre es eine sehr dumme Taktik, gegen jede Verwechslung unserer Bestrebungen mit denen des Sozialreformers der Oberfelder und sonstigen Korruptionsblätter zu protestiren. Nicht im Interesse unserer Partei, sondern im Interesse der Arbeiter bekämpfen wir die Bismarck'schen Projekte. Wir wollen die Verantwortung für diesen Dummzug nicht auf uns nehmen. Werden sie gegen uns durchgesetzt — gut! Unsere Partei wird dann nur gewinnen!

Die Rebenart, daß „die Sozialdemokratie das Mandeschterthum unter ihre Fittige“ nimmt, ist eigentlich zu abern, als daß wir darüber noch ein Wort verlieren sollten. Da nun aber „kein Ding so dumm“ ist, daß es nicht doch „sein Publikum“ fände, so sei hier noch einmal wiederholt, was wir des Deffteren ausgesprochen: daß es eine alberne Fälschung ist, erfunden von den Freihändlern à la Baxial, daß Alles, was nicht mandeschterlich ist, was gegen das heilige „laissez faire“ verstößt, Sozialismus sei. Nur ein leichter Nachschreiber wie Baxial konnte eine Profschüre „Volkthum und Kommunismus“ schreiben. Wenn jetzt die Schup- und andere Jöllner den Spieß umkehren und sich den Freihändlern gegenüber mit der ihnen entliehenen Phrasologie Sozialisten nennen, so ist das zwar für uns sehr lustig mitanzusehen, wir haben aber alle Ursache, jeder Verwechslung mit dieser Sorte Sozialisten rechtzeitig vorzubeugen, die aufdringlich hergestreckte „Bruderhand“ ganz entschieden abzulehnen. Wer sich uns und aller Welt offen als Gegner der sozialistischen Bestrebungen zu erkennen gibt, der ist und sei er noch so stark, uns allerdings lieber als der Schleiher, der sich in einen, nach dem Schnitt des unfrigen vorfertigten Rock häuft, um mit uns verwechselt zu werden. Ihm den nachgemachten Rock vom Leib zu reißen, jeder Verwechslung mit ihm dadurch vorzubeugen, daß wir stärker als je die charakteristischen Merkmale unseres Sozialismus hervorheben, energischer als je jeder Abkühlung, jeder Verwischung unserer Grundsätze entgegenzutreten, das ist allerdings heute eine der Hauptaufgaben unserer Taktik.

Daß aber ein Organ dieser Fälschergesellschaft sich dieser gegen sie ergangenen Warnung noch rühmt, daß ist allerdings „auch ein Beitrag zur deutschen Parteimoral.“

— Was der Telegraph nicht Alles weiß. Während die europäischen Spießbürger und Polizeistempel jüngst durch die Mittheilung von einem „Revolutionsongerech“ in London alarmirt, auf dem Viehtrieb präbirt habe (zu derselben Zeit befand sich die deutsche in dem revolutionären Umtriebe gewiß nicht verdächtigen Reichstage), meldete er über den atlantischen Ozean an den „New-Yorker Herald“ folgenden lustigen Bildhau, den die „New-Yorker Volkszeitung“ sehr richtig mit „Korrespondenten-Phantasie“ abfertigt:

„London, 1. Juni. Herr Wilhelm Viehtrieb, der Sozialist auf Sachen, welcher am 18. Mai in Paris eintraf, hat an eine dortige revolutionäre Zeitung geschrieben, daß er von jetzt ab extremere Maßregeln als bisher empfehlen werde. Er sagt, die Zeit sei gekommen und das Volk sei dazu reif, daß jene verborgenen Waffen der Zerstörung, welche die moderne Wissenschaft den Unterdrückten in die Hand gibt, zur Anwendung gebracht werden können. Die jetzt in Paris versammelten, leitenden Sozialisten haben diese Erklärung des Ragdeburger (Revolutionärs) gutgeheißen und bereiten sich auf eine Blut- und Donner-Kampagne vor.“

„Vorgestern Nacht fand in Paris eine geheime Zusammenkunft statt, an welcher Männer wie Jules Guesde, Paul Lafargue und ein Duzend Anderer Theil nahmen, auf deren Köpfe die Hälfte der Regierungen von Europa Belohnungen ausgesetzt haben (!). Bei dieser Zusammenkunft wurde die Abhaltung eines internationalen Kongresses avancirter Sozialisten beschlossen. Zu Zeit und der Ort des Kongresses werden absehblich geheim gehalten, aber das Gerücht sagt, er solle im September zu Antwerpen stattfinden. Trotzdem ist es mehr als wahrscheinlich, daß die Veröffentlichung dieser Arrangements eine Aenderung des Planes herbeiführen werde und daß der Kongreß nach der Schweiz oder nach Amerika verlegt werden wird.“

Bunkum. So fraktifiziren hinter's Licht geführte Spitzel ihre Reinsfälle.

— Die Vertheilung des Grundbesitzes in Preußen stellt sich nach der mit der allgemeinen Verurteilung vom Jahr 1880 verbundenen landwirthschaftlichen Betriebsstatistik folgendermaßen:

Größenklassen der Anbaufläche	Zahl der Landwirthschaftsbetriebe	In Proz. der Gesamtzahl
unter 2 Ar	33,491	1.10
2 Ar bis 5 "	133,846	4.10
5 " " 20 "	445,655	14.66
0.20 Hektar bis 1 Hektar	843,732	27.76
1 " " 2 "	408,434	13.43
2 " " 5 "	493,254	16.22
5 " " 10 "	276,937	9.11
10 " " 20 "	197,450	6.50
20 " " 50 "	155,128	5.10
50 " " 100 "	31,830	1.05
100 " " 200 "	8,537	0.28
200 " " 500 "	8,281	0.27
500 " " 1000 "	3,138	0.10
über 1000 "	483	0.02
Zusammen:	3,040,196	100.

Unter Bezugnahme auf diese Zahlen weist die „Freihandels-Korrespondenz“ darauf hin, daß nach dem Verhältniß, welches in Deutschland durchschnittlich zwischen der mit Brodfrorn bestellten Fläche und dem übrigen Ackerland besteht, ein Landwirth, der dauernd 20 Jentner Brodfrorn, den Bedarf für eine Familie von fünf Köpfen, selbst produziren muß, mindestens 5 Hektar in landwirthschaftlichem Betriebe haben muß; „auch die Besitzer von 5—10 Hektar werden in vielen Fällen wenig oder gar kein Brodfrorn zum Verkauf bringen können, weil sie mit der Produktion und dem Verkauf anderer Erzeugnisse ihren Bedarf an allerlei Gebrauchsgegenständen, Kleidung u. c. decken.“

„Blickt man“, heißt es dann weiter, „nach diesem Ergebnis auf die oben zusammengestellten Zahlen zurück, so kommt man zu dem Schluß, daß in Preußen 77.57 Prozent aller landwirthschaftlichen Betriebe unter 5 Hektar Anbaufläche haben, also nicht entfernt oder kaum genug für den Bedarf einer Familie von fünf Personen produziren; 9.11 Prozent, zwischen 5 und 10 Hektar, produziren im Durchschnitt ein ausreichendes Quantum, im Einzelnen einige Jentner mehr oder weniger, nur 13.32 Prozent aller Betriebe produziren über den eigenen Bedarf hinaus. Ihre wegen allein sind die Getreideböden da, die angeblich im solitarischem Interesse der Landwirthschaft liegen sollen. Von diesen 13.32 Proz. sind nun noch wieder 11.60 Proz. mit einer Anbaufläche von 10—60 Hektaren, also mit einem Verkaufsquantum von Getreide von 1—6 Tonnen. Die heutigen Getreideböden würden diesen Betrieben also ein Plus in der Höheinnahme von 10—60 M. verschaffen. Für andere Theile Deutschlands, in welchen der Getreidebau vor dem Bau von Handelsgewandnissen, Weinbau u. s. w. weit mehr zurücktritt als in Preußen, wird der Projektirte der Bebauung noch geringer sein. Zur Kennzeichnung des angeblich für die „Ständ der kleinen Grundbesitzer“ erfundenen Planes einer Erhöhung der Getreideböden sind diese Zahlen unzweifelhaft recht schätzenswerth.“

Freilich sind sie das. Der „Bruder Bauer“, dem Bismarck so wohlwollende Briefe schreibt, ist der Geleitete. Für die Herren Großgrundbesitzer und den nimmerlatten Struckerfiskus sind die Getreideböden gemacht worden, und nicht im Interesse des armen Landvolks, das zum größten Theile noch Brod oder Brodfrorn zu dem geernteten hinauslaufen muß, wird die weitere Erhöhung derselben, d. h. weitere Vertheuerung des Brodes, geplant, sondern im Interesse eben dieses Fiskus und der Großgrundbesitzer, deren Söhne zudem aus eben diesem Fiskus gefüttert werden.

Das mögen unsere Genossen, wenn sie auf dem Lande agiren, den Bauern recht eindringlich vorhalten.

— Der deutsche Reichstag hat, neugestärkt durch die Rath der Ferien, sein Werk der Volksbeglückung fortgesetzt. Die erste Sitzung nach dem Ferien war dem famosen Antrag A d e r m a n n gewidmet, nach welchem den Behörden die Befugniß ertheilt werden soll, Nichtimmungsmessern das Recht, Lehrlinge zu halten, zu entziehen; mit anderen Worten, den Innungen das Monopol der Lehrlingsausbeutung

\*) J. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

\*\*\*) Karl Marx, Misère de la Philosophie, réponse à la Philosophie de la Misère de M. Proudhon, 1847.

gewähren — eine weitere Etappe zur Erlangung der obligatorischen  
Innung. Der Antrag ward auch in sofortiger zweiter Lesung mit  
einer Majorität von 157 Stimmen, bestehend aus Zentrum, Konser-  
vativen, Freikonserwativen u., gegen 144 Stimmen angenommen. Unsere  
Abgeordneten stimmten — wie wird Dir, Elberfelderin? — mit den  
Manchestrern. Sie thäten das in der sehr richtigen Erkenntnis, daß  
die ganzen Innungen nichts anderes sind als Organisationen zur  
Unterdrückung der Arbeiterklasse, ihre staatliche Privi-  
legierung nur den Zweck hat, sie in dieser polizeilichen Thätig-  
keit zu unterstützen. Was heute im Rheinland, in Oberschlesien u. die  
großen Werks- und Hüttenbesitzer gegen ihre Arbeiter thun, das wollen  
die biedereren Innungsmeister ihnen gern nachmachen — weil sie nach  
oben nichts ausrichten können, wollen sie gern nach unten drücken. In  
der Petition des Schuhmacher-Innungsbundes wird es mit dürren  
Worten gesagt:

„Wenn bei den Innungsmeistern Zucht und Ordnung gegen-  
über den Gesellen und Lehrlingen aufrecht erhalten wird, wie es die  
Standesbeschreibung erfordert, u. u. und nur dadurch, daß den Innungen  
die nötigen Rechte eingeräumt werden, . . . werden, „Ausnahme-  
besetze, wie sie die Neuzeit geschaffen, in Zukunft überflüssig sein.“  
Herr Majunke, der diese Petition vorlas, setzte erläuternd hinzu: „Es  
ist dies eine Anspielung auf das Sozialistengesetz.“

„Aber, das braucht nicht erst gesagt zu werden, die Stelle ist deutlich  
genug. Nur täuschen sich die biedereren Innungsmeister. Trotz aller  
Privilegien werden sie das schöne Ziel, die „Gesellen“ wieder in „Zucht“  
zu bekommen, nicht erreichen, so wenig sie das Handwerk überhaupt  
durch dieses Mittel retten werden. So edel die Absicht ist, so unwirksam  
ist das Mittel, und von diesem Standpunkt aus ist es uns ziemlich  
„Wurst“, ob das Gesetz in dritter Lesung angenommen werden wird  
oder nicht. Ersteres wäre vielleicht ganz wünschenswert, um so  
schleuniger würde der den Innungsagitatoren auf Treu und Glauben  
nachlaufende Trost der „Krippenschützen“ geholt werden.“

Der zweite Tag galt dem Antrag Windthorst auf Aufhebung  
des sogenannten Expatirungsgesetzes, eines der verhaßtesten  
des Kulturkampfgesetzes, vermöge dessen die Regierung Geisliche, die „unbe-  
fugter Weise“ Kirchengämter ausüben, außer Landes weisen, „expatriieren“  
kann. Mit allen gegen die Stimmen der zwei preussischen Rämter, die  
gleichfalls Abgeordnete sind, und der Rationalliberalen stimmte  
der Reichstag dem Antrag Windthorst zu. Da aber Bismarck dieses  
Gesetz zu weiteren Tauschgeschäften braucht, so wird dasselbe fortbestehen,  
und wenn das nicht paßt, der Mann — sein Mandat niederlegen.

Exminister Hübner, der jetzige Führer der Rationalliberalen, be-  
gründete die Haltung seiner tapferen Schaar damit, daß er den Aus-  
weisungspatagraphen für das „mildeste und humanste Mittel“ gegen  
widerhaarige Geisliche erklärte. Glänzend konnte er seine Qualifikation  
widerhaariger Geisliche in Lande allerdings nicht dokum-  
mentieren.

Am gleichen Tage gelangte ein weiterer Antrag des handwerkertenden  
Herrn Ackermann auf Errichtung von Gewerbelakmern zur  
Verhandlung. Der Zweck desselben liegt auf der Hand. Das Handwerk  
als „konservativer“ Faktor soll größeren Einfluß auf die Gesetzgebung  
erlangen. Unsere Abgeordneten hatten zu diesem Antrag einen Inter-  
trag auf Errichtung von Arbeiterkammern eingebracht, welchen  
Genosse Kayser in ausführlicher Rede sehr richtig dahin begründete,  
daß die Sozialdemokratie die Gewerbelakmern der Handwerker auf  
Grund der Erfahrungen der Staaten, wo solche oder ähnliche Einrich-  
tungen bestehen, für arbeiterfeindlich erkannt hat, auch ihren ab-  
stößigen Nutzen für die Handwerker bestreitet, und daher gegen sie stimmen  
müßte. Für den Fall aber, daß sie angenommen würden, sei eine ent-  
sprechende Organisation der Arbeiterklasse die notwendige Ergänzung  
dieses Gesetzes.

Der Antrag Ackermann wurde hinterher von den Antragstellern zurück-  
gezogen, nachdem ihnen Herr v. Bötticher in halbpolitischer Weise versichert,  
daß die Regierung auf dem besten Weg sei, ihren Wünschen zu ent-  
sprechen.

Zu einem heißen Redekampf gab am 14. Juni der Gesetzentwurf auf  
Subventionierung überseeischer Postdampferlinien  
Veranlassung. Ohne daß von irgend einer Seite ein Wunsch danach  
geäußert worden war, fiel es Bismarck plötzlich ein, jährlich 4 Millionen  
Mark aus dem Staatskassen für Unterstützung von Postdampfern nach  
Australien — womöglich nach dem Rinde auszuführen. Auf diese  
Weise soll der Export-Handel nach überseeischen Ländern, dem es gar  
nicht an Verbindungen fehlt, staatlich befördert werden. Großer Jubel  
darüber bei allen Staatsbürgern, sowie bei Allen, die für überseeische Kolonien  
sich schwärmen. Daß diese 4 Millionen viel zweckmäßiger verwendet  
werden könnten, fiel keinem dieser Herren ein — je nebelhafter der in  
Ausicht gestellte Nutzen, desto erdbeerenerwerthiger erscheint er ihnen.

Ihre schönen Träume wurden durch das von Hamburger ins Feld-  
geführte Zahlenmaterial arg erschüttert, und die Antworten von Bis-  
marck und Stephan auf die Einwände des freihändlerischen Redners waren so  
nichtsahnend, daß in der That ein harter Glaube dazu gehört, noch  
daran festzuhalten, daß diese Subvention in selbstloser Weise im Inter-  
esse des deutschen Handels angeboten worden sei. Dahinter steckte eine  
andere Absicht: die Verstaatlichung der Dampfschiffahrt  
auf diese Weise angebahnt werden — nach demselben Muster, wie  
die Verstaatlichung der Eisenbahnen: Befestigung der Einnahmen und Druck  
mit Hilfe der Bestochenen auf die Andern. Und wie bei den Eisen-  
bahnen, so findet Bismarck auch hier seine dienstfertigen Leute. Herr  
J. J. Reier, Abgeordneter für Bremen, großer Freihändler vor  
dem Herrn, trat für die Subvention ein, denn — Herr Reier ist Direktor  
des „Norddeutschen Lloyd“ und diesem soll der Auftrag werden, die neue  
Dampferlinie einzurichten!

So wird's gemacht, sagt Bismarck — unser unermüdblicher Raul-  
wurf!

— Etwas vom Weltmarkt. Wie überladen der Weltmarkt  
mit allen Produkten der Großindustrie, der eigentlichen Exportindustrie  
ist, und wie jeder neue Markt, der sich öffnet, jedes neue Absatzgebiet,  
das sich neu oder aufs Neue erschließt, sofort von allen Seiten mit  
Waaren überschwemmt wird, geht aus einer Zusammenstellung der Zeit-  
schrift „Export“ hervor, der wir einige besonders charakteristische Stellen  
entnehmen wollen:

„In Chile“, heißt es, „sind in Folge des Sieges über Peru, durch  
welchen Chile ein gutes Absatzgebiet wurde, so große Massen  
europäischer Waaren eingeführt worden, daß die noch jetzt vor-  
handenen großen Vorräte einen weiteren Aufschwung des Exportes nach  
Chile verhindern.“

„Aus Argentinien, welches übrigens als sehr kaufsfähig geschätzt  
wird, lauten die Berichte dahin, daß der Markt mit europäischen  
Waaren überflüssig ist und unsolide Elemente den Handel ge-  
schädigt haben.“

„Aus Afrika“, heißt es weiter, „wird von europäischen Waaren  
nicht allzuviel aufgenommen können“, und zum Schluß:

„Unsere Quelle knüpft an diese für den diesjährigen deutschen Export  
nicht weniger als günstige Schilderung die Mahnung an die deutsche  
Industrie, die Zeit wirtschaftlicher Depression zur Anbahnung guter  
Verbindungen zu benutzen, um nach Eintritt besserer Marktverhältnisse  
sich mit Offerten und gut ausgewählten Mustern auf dem Markte zu  
erschleimen.“

So geschieht werden natürlich andere Leute auch sein, so daß die  
„besseren Marktverhältnisse“, wenn sie überhaupt eintreten, sehr bald  
einer neuen „Depression“ Platz gemacht haben werden. Und so mit  
Grazie fort in inkonsum, d. h. bis die Blase endlich platzt.

— Wer ist der Schuft? Außer den Briefen an Kaltenbach, die  
wir in voriger Nummer zum Abdruck gebracht, hatte Stellmacher  
einen an den österreichischen Gesandten in der Schweiz, Baron von  
Dittensfeld, geschrieben. Dieser, vom 13. Januar 1883 datirt,  
lautet:

„Unterzeichnetem erlaubt sich, Eurer Excellenz Nachstehendes zur  
Kenntnis zu bringen, in der Voraussetzung, dem österreichischen  
Staate Dienste damit zu leisten. Ein österreichischer Unterthan hat  
das sozialrevolutionäre Organ „Freiheit“ redigirt, und zwar  
vom 8.7. bis 12.8. 1882. Derselbe befindet sich gegenwärtig in  
Oesterreich, ebenfalls für die „Freiheit“ thätig, und zwar schon seit  
sechs Monaten. Er hat die Redaktion nur dadurch aufgegeben, weil  
er zur Ordnung seiner Vermögensverhältnisse nach Hause mußte.  
Wenn dem österreichischen Staate daran gelegen ist, dieses Mannes  
habhaft zu werden, so bin ich bereit, gegen Gratifikation

tion den Namen zu nennen, mitzutheilen, wo er sich auf-  
hält, ebenso die Beweise zu verschaffen, daß er die „Freiheit“  
redigirt hat. Diese Angelegenheit müßte jedoch schnellstens erledigt  
werden, weil mir sonst Gelegenheit genommen wäre, bestimmt zu  
sagen, wo er sich aufhält.“

Wenn Eure Excellenz Nachricht von Oesterreich haben, mit mir  
in Verbindung zu treten, so bin ich bereit, nach Bern zu kommen;  
jedoch müßte ich Gewißheit haben, daß mir Reisekosten vergütet  
werden. Ebenso möchten mir Eure Excellenz mittheilen, wie hoch  
die Gratifikation ist, die mir zugesichert wird, und wann  
ich dieselbe erhalte. Ich mache Eure Excellenz darauf aufmerksam,  
daß, wenn ich gut honorirt werde, noch mittheilen kann,  
wer die „Freiheit“ nach Oesterreich spedirt und auf welchem  
Wege. Ebenso könnte ich dafür sorgen, daß jede Sendung des  
sozialistischen Organes „Sozialdemokrat“ in die Hände der Regie-  
rung fällt; der österreichische Staat würde an mir einen zu-  
verlässigen Agenten haben.

In Erwartung, daß Eure Excellenz die Güte haben werden, mich  
baldmöglichst zu benachrichtigen, zeichnet sich achtungsvoll  
S. Stellmacher, Gondonnier,  
Referendär-Unteroffizier  
des königlich sächsischen 2. Grenadier-Regiments.

NB. Bitte, haben Sie die Güte, kein Rouvert zu nehmen, worauf  
der Gesandtschaftsstempel ist, ebenso wird es mir sehr angenehm  
sein, wenn Eure Excellenz die Güte hätten, in dieser Angelegenheit  
selbst zu schreiben, da dann Gewißheit vorhanden ist, daß über diese  
Angelegenheit nichts verläutet.“

Als dieser Brief verlesen ward, und Stellmacher auf die Anfrage des  
Präsidenten, was er dazu sage, in sehr unsicherem Tone er-  
widerte, er habe diesen Schritt gethan, weil er und seine Freunde  
aus der Affäre Schmidt gefehen, daß man „durch Derartiges“ Ranges  
erfahren könne, ertönte aus dem Publikum mit lauter Stimme der Ruf:  
Schuft!

Und eine Schusterrei liegt hier in der That vor. Die Briefe an Kalten-  
bach lassen noch die Deutung zu, als habe es sich ausschließlich um eine  
Rausführung der Polizei gehandelt; in dem obigen Briefe aber sind so  
spezifische Angaben über die Dienste, die gegen Gratifikation  
geleistet werden sollen, gemacht — die Persönlichkeit, die der österreichischen  
Polizei für bares Geld in die Hände gespielt werden soll, ist für jeden  
nur einigermaßen Unterrichteten so unannehmbar gekennzeichnet, daß an  
dem guten Willen, das Geld zu verdienen, nicht gezweifelt werden darf.  
Dabei handelte es sich hier um einen Genossen, um einen Anhänger  
der eigenen heiligen Sache, um einen Mann, der, nachdem er die „Freiheit“  
redigirt, noch in Oesterreich für dieselbe thätig war.

Die „Gemäßigten“ müßten das Alles ebenfals wissen, sie wußten, daß dieser  
Mann in Oesterreich gegen sie wirkte, die Beschimpfungen gegen ihre  
Partei folportierte — wer von ihnen wäre auf die infame Idee gekom-  
men, ihn der Polizei zu denunzieren? Eine solche Schusterrei blieb seinen  
anarchistischen, seinen radikalen Freunden überlassen.

Wer aber ist der Schuft?

Die „Gruppe“ Zürich der samosen „Internationalen Arbeiter-Assoziation“  
hat selbst erklärt, sie habe von diesen Briefen Stellmacher's vor deren  
Abfindung Einsicht genommen und sie gebilligt. Sie wäre also zum  
Rindsten Mitschuldige an dieser Schusterrei, Mitschuldige in jeder Be-  
ziehung. Man könnte demnach eigentlich fragen: wer sind die Schufte?  
Aun weiß man aber, daß ein Mitglied dieser sehr, sehr kleinen  
„Gruppe“, der Gründer derselben und der Mentor Stellmacher's, gerade  
mit dem in dem Brief bezeichneten „Genossen“ persönlich über-  
worfen war. Er hat um diesen Brief gewußt, er hat ihn nach eigenem  
Eingeständniß gebilligt.

Wer ist der Schuft?

Diese Frage mögen sich diejenigen Anarchisten beantworten, die noch  
nicht jedes Gefühl für Ehre und Pflicht verloren haben.

— Volksparteiliche Gesinnungstüchtigkeit. In  
seinem Bericht über die so jämmerlich in's Wasser gefallene militärisch-  
dynastische Feier zur Grundsteinlegung des Reichstags bemerkt ein  
Berliner Denunzianten- und Polizeiblatt, nebenbei auch Reichsorgan des Herrn  
Bismarck: „Natürlich fehlten die Abgeordneten der Volkspartei.“ Der  
Moniteur der Volkspartei, die „Frankfurter Zeitung“, druckte in seiner  
folgenden Nummer die Notiz ab und machte dazu die Bemerkung: „Na-  
türlich hat das Blatt gelogen.“

Wir waren in der That etwas überrascht, denn wenn auch das besagte  
Blatt das Lügen geschäfts- und handwerksmäßig treibt, so hatten wir  
doch jene Notiz „natürlich“ für richtig gehalten. Wir haben, wie unsern  
Lesern bekannt, zwar sicherlich keine Illusionen hinsichtlich der „demo-  
kratischen“ Gesinnungen unserer Herren Volksparteiler, allein daß sie  
die Verleugnung der demokratischen Prinzipien so weit treiben wür-  
den, sich an einem Feste zur Verherrlichung des Junker- und Militär-  
staates und zur Degradation des im Parlamentarismus, trotz alledem  
und alledem, stehenden Prinzips der Volkssouveränität zu beteiligen  
— das hielten wir — offen gestanden — nicht für möglich; und  
wir zogen sofort Erkundigungen an geeigneter Stelle, d. h. bei einem  
Mitgliede der Volkspartei, ein. Der Befehl lautete zu unserem Er-  
staunen:

„Ja, die „Frankfurter Zeitung“ hat Recht. Es waren fünf von  
uns bei der Feie zugegen. Und warum hätten wir wegbleiben  
sollen, da wir in Berlin waren?“

Also die Thatfache steht fest. Ein Kommentar ist überflüssig. Wir wollen  
blos noch erwähnen, daß nicht einmal von der konservativen Fraktion  
sich relativ so viele Mitglieder eingefunden hatten, wie von den gesin-  
nungstüchtigen „Republikanern“ der Volkspartei, und daß unter den  
fünf Anwesenden die Herren Payer, der Staatsmann der „Partei“,  
und Payer, der Mirabeau und Volkstribun der „Partei“, sich be-  
fanden. Wer weiß, am Ende avanciert der Letztere demnächst zum  
Sprechminister und der Erstere zum Oberstaatssekretär und Stellver-  
treter des großen Otto.

Und noch vor wenigen Jahren wollten die Beiden den bösen Reichs-  
kanzler zum parlamentarischen Frühstuck aufspeisen!

So ändern sich die Zeiten, und die nicht waschechten Menschen.

— In Bezug auf die Affaire Rittinghausen haben  
wir unseren durchaus korrekten und authentischen Mittheilungen in der  
vorigen Nummer des Parteiorgans nur noch Folgendes ergänzend hin-  
zufragen:

Die Abgeordneten Hasenclever und Kräcker, welche sich im  
Auftrag der Fraktion in den Solinger Wahlkreis begaben, haben dort  
nicht das Mindeste erfahren, was auf die Absicht einer Aufhebung von  
Genossen gegen den bekannten Fraktionsbeschluss schließen ließe. Bedauern  
wurde von Einzelnen wohl geäußert, daß es zum Klart gekommen, allein  
nach Anhören der Fraktionsdelegirten mußte von den Genossen auch  
zugestanden werden, daß die Fraktion an dem Klart unschuldig sei.  
Eine neue Kandidatur ist noch nicht ausgestellt, auch noch nicht vor-  
geschlagen worden. Die Fraktion überläßt die Kandidatenfrage der  
Initiative der Genossen im Solinger Wahlkreis.

Nur soviel ist gewiß, daß Rittinghausen für die nächste Reichstagswahl  
nicht Kandidat der sozialdemokratischen Partei sein wird.

— Wiederum durchläuft eine grausige Attentats-  
geschichte die deutsche Presse; in Elberfeld soll eine von Amerika  
herübergekommene Dame mit vier Koffern voll Sprengstoffen verhaftet  
worden sein. Ausgeheftet ist diese Geschichte von dem freisinnigen  
„Berliner Tageblatt“, demselben Blatt, das im Attentatsommer 1878  
durch seine fortgesetzten Lügenberichte am meisten Rufname für das Sozia-  
listengesetz machte. Dieses Blatt ist überhaupt ein Polizeiorgan schlimmster  
Sorte.

— Die Arbeiterfreundlichkeit der konservativen  
Landjunker, auch Agrarier genannt, wird durch einen in  
der deutschen Presse zurulirenden Bericht über eine Sitzung des land-  
wirtschaftlichen Vereins des Riesengebietes vorzüglich illustriert. Da  
wurde weidlich über Industrie und Eisenbahnen hergezogen, weil sie den  
Landwirthen die nothwendigen Arbeitskräfte entziehen.

„Als ein besonders schlimmes Ding“, heißt es wörtlich, „wurde die  
Festsetzung der Löhne und der Arbeitszeit bei den Eisen-  
bahnbauten und Bahnarbeiten bezeichnet, die einen deprimirenden  
Einfluß auf die Landarbeiter ausüben müßte. Wenn die Eisenbahn-  
arbeiter bei höheren Löhnen schon Feierabend machen dürften, wenn der  
landwirtschaftliche Arbeiter erst recht zu schweigen anfangen, so müßte das

Unzufriedenheit erregen. Der Verein will deshalb bei der königlichen  
Eisenbahndirektion vorstellig werden, daß sie in dieser Richtung An-  
forderungen eintreten läßt, damit die ländlichen Arbeiter keinen Grund mehr  
haben, die Eisenbahnarbeiter zu beneiden.“

Sehr liebenswürdig, nicht wahr? Die Eisenbahnarbeiter, die in  
Preußen bekanntlich ganz miserabel bezahlt werden, ein Gegenstand „depre-  
mirenden (niederdrückenden) Reides für die Landarbeiter, die „dann erst  
recht zu schweigen beginnen“, wenn der Eisenbahnarbeiter Feierabend  
macht, — was für reizende patriarchalische, fast hätten wir gesagt para-  
diesische Zustände!

Da begreift man den Widerstand dieser Herren gegen die Ausdeh-  
nung der Krankenversicherung auf die Landarbeiter, die nach Bismarck  
nicht nötig ist, weil der Gutsbesitzer „ohnehin für seine Tagelöhner  
sorgt“ — nämlich so gut sorgt, daß ein Vergleich ihres Looses mit dem  
der schlechtestgestellten Industrieproletarier „einen deprimirenden Einfluß  
ausübt!“ Das sagt mehr als ganze Bände.

— Reichstags-Kandidaturen. Rannheim: August  
Dreesbach; Bielefeld-Wiedenbrück: D. Hegemann.

— Logik! Die „Neue Zürcher Zeitung“, das Hauptblatt der  
Liberalen im Kanton Zürich, benutzte die Stellmacherepistole und unsere  
Kritik derselben zu folgenden Freibrief für die Bismarckische Polizei:

„Aur Eines wollen wir hervorheben: die Sozialisten und An-  
archisten und wie sie alle heißen mögen, sollen nicht mehr kommen  
und über Agents provocateurs schreiben! Wenn man nach den  
Entscheidungen des Stellmacher-Prozesses nicht mehr weiß, was ein  
wirklicher und ein scheinbarer Polizeiaгент ist, so wird auch der  
Unterschied zwischen einem von der Polizei und einem von der  
Partei angestellten Agent provocateur schwer zu erkennen sein. Es  
bürgt uns Niemand dafür, daß die Partei, um die Polizei zu dis-  
kreditiren, nicht auch Agents provocateurs von sich aus anstellt!  
Die Sozialisten und Anarchisten haben ja offen erklärt, daß sie zur  
Erreichung ihres Zweckes vor keinem Mittel moralische Bedenken  
hegen.“

Beil also ein Anarchist sich der Polizei als Denunziant an-  
bietet, sollen „die Sozialisten und Anarchisten und wie sie alle heißen  
mögen“ — dieses „wie sie alle heißen mögen“ ist reizend! — nicht mehr  
über Agent provocateurs, auf deutsch Hez-agenten, „schreiben!“ Die  
„Neue Zürcher Zeitung“ wird ihnen keinen Glauben schenken. Es bürgt  
ihnen Niemand dafür, daß nicht der Agent die Polizei bloß diskreditiren  
wolle. Der „Neuen Zürcher Zeitung“ ist gar nichts von einem „Zeugen“  
Hense, von einem Dorff, einem Schmidt, einem Friedemann bekannt.  
Wahrscheinlich hatte die demokratische Partei feinerzeit Ohm und Henze  
angestellt, um Stieber zu diskreditiren, wahrscheinlich die „Partei“ Dorff  
an Kump, Schmidt an Keller, Friedemann an Madal empfohlen. Die  
arme, unerfahrene Polizei ist die Verfährte und die „Sozialisten und  
Anarchisten und wie sie sonst heißen mögen“, sind die bösen Ver-  
führer!

Einem Schweizer, der nie Gelegenheit hatte, die Praktiken der preu-  
sisch-deutschen Polizei, das System Stieber, kennen zu lernen, konnte  
man diese vorurtheilshaltige Raunerei allenfalls noch verzeihen — sie würde  
nur seiner Urtheilskraft ein schlechtes Zeugnis ausstellen —, aber die „N.Z.Z.“  
wird von einem Manne redigirt, der in diesen Dingen kein Neuling ist,  
der als jahrelanger Präsident der „internationalen Friedens- und Frei-  
heitsliga“, als Bundesbruder Mazzini's, als Dufreund Bakunins, reiche  
Erfahrungen in diesem Artikel gesammelt hat, bei ihm kann von Un-  
kenntnis der Verhältnisse oder mangelndem Verständnis für dieselben gar  
keine Rede sein. Herr Professor Gustav Vogt kennt den Unter-  
schied zwischen Anarchisten und Sozialisten, und wie sie alle heißen  
mögen“ sehr gut, er kennt auch das internationale Dehagenthum, und  
wenn er trotzdem hergeht und vor seinem Publikum Alles miteinander  
in einen Topf wirft, so ist das eine Handlungsweise, für die uns jeder  
parlamentarische Ausdruck fehlt.

Herr Professor Vogt meint in derselben Notiz in Bezug auf unser  
Verfahren: dem auf Korruptionsversuche ausgehenden Kaltenbach  
einen gehörigen Reinsfall zu bereiten, und dem Denunziationsanerbieten  
Stellmacher's, bezw. der anarchischen „Gruppe“, daß nach seiner  
Ansicht

„alle beide sinken!“

Wir beneiden den Herrn Professor um diese Subtilität der Geruch-  
nerden. Wie sehr ist er doch über jenen römischen Kaiser erhaben, der  
in Bezug auf das durch die Vermietzung der Kloaken eingeklemmte Geld  
vergnügt ausrief: „non olet!“ „Es stinkt nicht!“ Der Polizei einige  
zu Korruptionszwecken angebotene 20-Frankenstücke abnehmen und zur  
Unterstützung der von eben dieser Polizei aus Erwerb, von Weid und  
Kind weggejagten Arbeiter verwenden — Psui Teufel! Wie reinlich  
gegen die über jeden Zweifel erhabene Stellung eines Chefredakteurs  
an einem Organ von so zahlungsfähiger Moral wie die „Neue Zürcher  
Zeitung“!

Oesterreich. Der Prozeß Stellmacher, so sensationell er auch auf-  
gekauft wurde, bietet eigentlich kein hervorragendes Interesse, er schrumpft,  
wenn man die Verhandlungen genauer durchsieht, gegenüber dem, was  
vorher offiziös darüber geschrieben wurde, erheblich zusammen. Abgesehen  
von der Ermordung Bösch's, bei der Stellmacher in flagranti erriapt  
wurde, war das Beweismaterial für die Anklage doch ein mehr wie  
nothdürftiges; bezüglich der Beteiligung am Eisen'schen Raubmorde  
war das einzige Beweismittel der in der Eisen'schen Wechselstube auf-  
gefundene Messinglist. Stellmacher selbst gefand gleichfalls nur die  
Ermordung Bösch's zu, welche übrigens allein schon hinreicht, ihm in  
Oesterreich ein Todesurtheil zu erteilen. Sonst stellte er alle gegen ihn  
erhobenen Beschuldigungen in Abrede und ließ es auf die Beweisführung  
ankommen.

Bei der Motivierung seiner That wies Stellmacher auf die Sünden  
der heutigen Gesellschaft wider die Kinder der Armen hin und brach  
dabei wiederholt in Schlußreden aus. Auch während der Rede von An-  
kläger und Bertheiliger ward er vom Weinen übermannt. Als er zu  
seiner eigenen Bertheiligung das Wort erhielt, beschränkte er sich darauf,  
noch einmal auf die Vernachlässigung der Kinder des Proletariats hinzu-  
weisen. Im Ganzen machte er den Eindruck eines unselbstständigen,  
allen Gefühlsregungen leicht zugänglichen Menschen, den Erziehung,  
Lebensschicksale und schließlich die Lektüre der anarchischen Blätter zum  
Fanatiker gemacht haben, zum blinden Werkzeug in der Hand Derer,  
denen er vertraute.

Zweifelsohne ist er überzeugt, der Sache der sozialen Revolution einen  
großen Dienst geleistet zu haben; und in dieser Ueberzeugung — oder  
wenn man will, in diesem Wahne, wird er wohl auch das Denkergerüst  
bestiegen.

— Belgien. Die Wahlen zur Deputirtenkammer haben eine voll-  
ständige Niederlage des Liberalismus gezeitigt, die Liberalen eine so  
bedeutende Majorität erlangt, daß das bisherige liberale Ministerium  
Frère-Orban — in Belgien herrscht bekanntlich der konstitutionelle Parla-  
mentarismus — sofort einem ultramontanen Ministerium Malou Platz  
gemacht hat.

In der deutschen Presse werden alle möglichen Gründe für die Nieder-  
lage des Liberalismus aufgeführt. Je nach dem Standpunkt der betreffenden  
Blätter werden die gemäßigten oder die radikalen Elemente der liberalen  
Partei, d. h. im Allgemeinen die Spaltungen in den Reihen dieser selbst  
als Ursache angeführt, gegenüber der Geschlossenheit der katholischen  
Partei. Nun ist aber uneres Wissens überall die liberale Partei mit  
einer geschlossenen Liste vorgegangen; speziell in Brüssel, wo die Nieder-  
lage am größten, hatten die Kabineten mit den gemäßigten Liberalen einen  
Kompromiß geschlossen und die äußerste Linke ihre Kandidaten zurückgezogen  
— der Hinweis auf die Spaltung ist also nach unserer Ansicht durchaus  
nicht geeignet, eine so eklatante Niederlage zu begründen.

Weit plausibler erscheint dagegen eine andere Deutung, nämlich die, daß  
die Ultramontanen ihren Sieg nicht ihrem kirchlichen Programm, das  
sie hübsch in der Tasche behielten, sondern ihrer wirtschaftlichen Parole:  
Reduzierung der Steuern, zu verdanken haben.

Das ist auch die Ansicht der in Gent erscheinenden sozialistischen  
„Toekomst“.

„Der abgelassene Wahlkampf“, schreibt sie, „war kein politischer,  
sondern ein Kampf materieller Interessen.“

Die wirtschaftliche Krise ist es, welche nach der Ansicht unseres  
Bruderorgans große Massen des Bürgertums, dem die Regierung —  
d. h. die liberale Partei — statt Entlastungen neue Belastungen auf-  
erlegte, in die Arme der „Borkämpfer der materiellen Forderungen“,  
wie sich die Klerikalen nennen, getrieben haben. Nicht der Syllabus und

die Enzyklika, die sie so hübsch in der Tasche behielten. Das Bürgerthum kann den großartigen Gedanken von der Nothwendigkeit der sozialen Umgestaltung nicht fassen, und daher wirft es sich vor Angst Jedem in die Arme, der ihm Rettung, wenn auch nur zeitweilige, aus der jetzigen fatalen Situation verspricht.

Ganz gewiss. Um aber den Sieg der Sozialisten nach seiner ganzen Tragweite beurtheilen zu können, muß man sich noch Folgendes vergegenwärtigen:

Die Wahlen erfolgten nach dem alten Zensusystem, welches nur denen Stimmrecht gewährt, die mindestens zwanzig Gulden (34 Mk.) direkter Steuern bezahlen. Das arbeitende Volk, die sogenannte ungebildete Klasse, der man aus Furcht vor dem Ultramontanismus das Stimmrecht vorenthält, hat an dem Sieg des Pfaffenthums keinen Antheil. Es ist das „gebildete, aufgeklärte Bürgerthum“, welches den Gegnern des obligatorischen Unterrichts den Sieg erringen half. Denn die Ausgaben für die Volksschule sind es, welche das Gefährte wegen Ueberlastung des Budgets hervorriefen. Alle anderen Ausgaben verzicht das „gebildete Bürgerthum“: Heer, Bureaucratie — Alles, aber die Volksschule schlug dem Haß den Boden aus. Es hieß die elende Jähnenflucht beschönigen, wollte man dieses Moment außer Acht lassen. Die Industriearbeiter wollten keine unterrichteten Arbeiter, sie wollten Lohnslaven, sie haben trotz Schiller mehr Furcht vor dem freien Mann als vor dem „Sklaven, wenn er die Kette bricht“. Denn um diesen zur Kasse zu bringen, haben sie ja ein vortheilhaftes Heer!

Ja, die wirtschaftlichen Fragen stehen im Vordergrund des öffentlichen Lebens! Das ehemals himmelfürmende Bürgerthum denkt heute nur noch daran, seine irdischen Habseligkeiten zu retten, und weilt den Träger des öffentlichen Lebens, verkündet es jetzt das Dogma von der Verderblichkeit der politischen Parteien. Immer deutlicher vollzieht sich vor unserm Auge dieser Prozeß der politischen Abdankung des Bürgerthums — es kämpft natürlich noch um die Macht — aber verbrochen, halb widerwillig, und seine erlöschenden Geister ertönen ihm Absolution unter der Parole: die Politik verdient den Charakter!

Für eine im Verfall begriffene Klasse ist das auch richtig, — die Roblesse des vorigen Jahrhunderts durfte mit Ausnahme der wenigen auf die Seite des aufstrebenden Bürgerthums getretenen Adligen das gleiche Wort auf sich anwenden, — aber für eine vorwärtsstrebende Klasse hat das Wort keinen Sinn. Die Arbeiterklasse, der Löwe des 19. Jahrhunderts, läßt sich durch dasselbe nicht beirren. Sie, die zu einer Zeit, wo alle Welt in politischen Freiheitsphrasen schwelgte, die Untrennbarkeit der wirtschaftlichen und politischen Frage proklamirte, hält auch heute an ihrem Grundsatz fest, daß die politische Freiheit die unentbehrliche Vorbedingung der ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen, die soziale Frage untrennbar von der politischen ist, sie kämpft unentwegt weiter für die Erringung der politischen Emanzipation.

— Sozialistische Presse und Literatur. Laurence Gronlund, The cooperative commonwealth, in its outlines; an exposition of modern socialism. (Grundzüge der genossenschaftlichen Republik, eine Darlegung des modernen Sozialismus.) Boston, Lee und Shepard's Verlag. (Wird besprochen.)

## Korrespondenzen.

— **Barmen**, 25. Mai. Vor einigen Wochen hielten die Genossen des Wuppertaler Wahlkreises in einem benachbarten Gehöly eine zahlreich besuchte Zusammenkunft ab, in welcher der Genosse Fritz Darm's definitiv als Kandidat für die bevorstehende Reichstagswahl proklamirt wurde. Wir glauben mit dieser Kandidatur einen glücklichen Griff gethan zu haben; Genosse Darm steht seit den ersten Anfängen der Arbeiterbewegung in derselben und erweist sich außerdem im ganzen Wahlkreise großer persönlicher Beliebtheit. Daß er auch fest und unentwegt zur Partei steht und deren Prinzipien nach jeder Richtung hin vertritt, ist selbstverständlich und braucht nicht erst erwähnt zu werden. Die Wahlbewegung kommt auch hier allmählig in Fluß. Bereits in den ersten Tagen des Jahres hielten die Nationalliberalen des bergischen Landes einen sogenannten Parteitag ab, natürlich hinter sorgfältig verschlossenen Thüren; am verflochtenen Sonntag traten die Christlich-Sozialen, die etwas spekulativer sind und Jedermann gegen Erlegung eines Nideis Eintritt zu ihren Vorstellungen gewähren, in Aktion. Die frommen Herren hatten sich den Adlatus Stöcker's, Herrn Gapke, zu einem Vortrag verschrieben.

Wir hatten uns auch den Nidel nicht gereuen lassen und waren am Plage. Nachdem Herr Gapke unter großem Aufwand von frommen Phrasen sich und die Versammlung über das „schreckliche Verbrechen“, am „Tage des Herrn“ einen politischen Vortrag zu halten, beruhigt hatte, begann er auf die Sozialdemokraten zu schimpfen, warf ihnen mordbremerische Agitationen vor u. s. w., und war sehr erlaut, als wir kräftig dagegen opponirten, da er augenscheinlich nicht vermuthet hatte, daß auch etwas sozialdemokratischer Sauerreig unter sein Christlich-sozialen Gemengel gerathen. Er änderte auch sofort seine Thätigkeit und fing nun ganz fürchterlich auf die unglücklichen Nationalliberalen zu schimpfen an.

Zum Schluß brachten wir eine Interpellation ein, betr. das „Recht auf Arbeit“, die nach einem durchaus vereitelten Versuch des hieherigen Vorsitzenden, dieselbe zu untersuchen, glücklich in Gapke's Hände gelangte. Sie schien dem Pfaffen aber sehr unangenehm zu kommen, denn er ging nicht darauf ein, erklärte uns aber privatim, er werde sie am Mittwoch in Eberfeld beantworten. Man hätte nun von einem Prediger des Wortes: Eure Rede sei „Ja, ja! Keim, nein!“ erwarten sollen, daß er schon der äußeren Reputation halber sein feierlich versprochenes Wort halten werde. Aber weit gefehlt! Gapke verduftete schleunigst wieder an den grünen Strand der Spree, ohne uns seine Ansicht über das Recht auf Arbeit mitgetheilt zu haben. Wie es scheint, hat den Oberdonzen Stöcker, der sonst jeden vom Kanzler hingeworfenen Hapen gierig aufschnappt, der neueste Bismarck'sche Luftsprung derart verblüfft, daß er den *dis minorum gentium* noch keine Weisung hat ertheilen können.

Zu Anfang dieses Jahres gelang es den uniformirten Schnüßlern Ehren-Wilfing an der Spitze, in dem benachbarten Konradorf eine Kiste, enthaltend eine größere Anzahl Exemplare der Nr. 3 des „Sozialdemokrat“, zu ergattern. Der Kommissar Wilfing, dessen Niedertracht glücklicherweise durch eine respektable Dosis Dummheit paralytisch wird, hat dabei ein wahres Kabinetsstückchen von polizeilicher Inquirungskunst geliefert. Er haustuchte in der Wohnung eines dortigen Genossen, stellte sich bei dessen Frau als „Regierungsrath“ vor und drohte ihr, als sie die Qualifikation des ehemaligen Bädergehilfen Wilfing als Regierungsrath nicht anerkennen wollte, mit Verhaftung. Die Drohung versetzte ihren Zweck vollständig, die Arbeiterfrau ließ den Pseudo-Regierungsrath abfallen, und Herr Wilfing mußte unverrichteter Sache wieder abtreten. Bei der vor kurzem stattgehabten gerichtlichen Verhandlung wurde einer der wegen Expedition der Sendung, resp. Verbreitung des „Sozialdemokrat“ angeklagten Genossen nach neunwöchentlicher Unterjochungshaft freigesprochen, der andere zu zwei Monaten Gefängniß, und zwar — wie das uns gegenüber üblich — nur auf Indign hin verurtheilt.

Am Jahrestage der Revolution, sowie am Geburtstag Lassalle's weihen sowohl hier wie in Eberfeld die rothen Banner zum großen Mißvergnügen der armen Polizei.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen möchten wir den Genossen noch das Wort des alten Montecuccoli einschärfen: Zum Kriegsführen gebraucht man erstens Geld, und zweitens Geld und drittens viel Geld! Wir befinden uns im Kriege, soll derselbe mit Erfolg geführt werden, wird es auch materielle Mittel bedürfen, und darum muß es unsere nächste Aufgabe sein, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, mag es in der Fabrik oder Werkstätte, mag es im geselligen Kreise, mag es bei Familienfeiern oder wo sonst immer sein, Beiträge zum Kriege, d. h. für jetzt Wahlkampagne zu sammeln.

Marat.

— **Dortmund**, 8. Juni. Ein großartiger Reizgenug bewegte sich heute Mittag 12 Uhr von der Kampfröhre nach dem Westendorfer-Friedhofe. Es galt unserm Genossen Otto Zölke, Sohn des C. W. Zölke, die letzte Ehre zu erweisen. Deputationen von Iserlohn, Hagen

und Marten eröffneten den Zug, Vorberänger mit rothen Schleifen tragend. Der Leichenwagen war mit Blumen, Kränzen, Schleifen, meist in roth und weiß, dekoriert; 800 Genossen, rothe Blumen und Schleifen im Knopfloch, folgten dem Sarge. Auffälliger Weise verschonte uns die Wohlthätigkeit mit ihrer Begleitung bis zum Friedhofe. Dort aber kam sie plötzlich in Sicht, begleitete uns nach der Grabstätte, wofelbst Kommissar Kaiser sich postirte und die Trauerfeierlichkeit überwachte. Mehrere Polizisten hatten sich unter die Menge vertheilt.

Am Grabe trug der Gesangsverein „Dortmunder Männerquartett“ das Lied vor: „Am Grab der Todten“, und zwar in vorzüglicher Weise. Alsdann bestieg Genosse Brauchwitz den Hügel, um unserm dahingegangenen Genossen einen würdigen Nachruf zu widmen. Kaum aber begann er zu sprechen, so trat auch schon Polizeikommissar Kaiser vor und verbot das Reden. Brauchwitz fuhr jedoch ruhig fort, und ließ sich auch nicht beirren als er noch zweimal aufgefordert wurde, nicht zu sprechen, bis ihm von den Genossen einige Juristen, er möge abtreten. Diesen leistete er Folge, um keine weitere Störung zu verursachen. Darauf übergab ihm ein Genosse den von uns Dortmundern gewidmeten Kranz.

Brauchwitz ergriff ihn und verlas mit donnernder Stimme die auf der Schleife gedruckte Inschrift:

Ich lege den Kranz auf das Grab des Verstorbenen nieder, gewidmet von der Sozialdemokratie des Wahlkreises Dortmund.

Hast frei gelebt, bist frei im Tod, Uns naht der Freiheit Morgenroth.

Dann legten die übrigen Deputationen Iserlohn, Marten und der Gesangsverein Männer-Quartett, ebenfalls mit kurzer Ansprache, ihre gewidmeten Kränze nieder, worauf nach Vortrag eines weiteren Liedes die Genossen den Sarg mit Erde bedeckten.

Ein Zwischenfall darf hier nicht unerwähnt bleiben; wie gewöhnlich bei solchen Handlungen betrifft es den Pfaffen. Herr Hornung, dies der Name unseres Bierdemannes, ließ die ganze Zeit über wie eine Furie auf und ab, da er die Zeit nicht erwarten konnte, seinen Sermon zu beginnen. Wurden doch von diesem edlen Herrn die Todtengräber dazu angehalten, beim Kommissar zu bitten, Platz zu verschaffen — nämlich beide offene Gräber waren dicht nebeneinander, und wir umstanden selbige fest. Jedoch hatte er kein Glück damit, denn wir schrien unsere Handlung unentwegt durch. Erst als sie vorüber, konnte Hornung beginnen, was auch geschah, und er verstand es prächtig, den Friedhof zu leeren.

Gleich nach der Beerdigung versammelte sich der größte Theil der Genossen in einem bestimmten Lokale, wofelbst die verbotene Leichenrede doch gehalten wurde; der Inhalt derselben war ungefähr folgender:

Verehrte Leidtragende, Freunde und Genossen! Wir stehen am Grabe des für uns so früh dahingegangenen Freundes und Genossen. Die Eltern betrauern den Sohn, die Geschwister den Bruder, wir betrauern in ihm den Freund und Genossen, welcher alle Zeit bereit war, für die Ideen der Sozialdemokratie zu kämpfen. Unentwegt war er bemüht, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse zu wirken. Er hatte keine Klassenlage erkannt, so daß wir ihm nachrufen können: Er hat nicht umsonst gelebt, denn er wußte wohl, daß noch viele Millionen in Noth und Elend schmachten, als Enterbte der Gesellschaft. War es ihm auch nicht vergönnt, die Saat, die er ausgestreut, reifen zu sehen, so müssen wir uns an seinem offenen Grabe geloben, von Neuem das Bruderverband zu knüpfen, bis auch diese Saat Früchte trägt, bis der Tag kommt, wo in Süd und Nord, in Ost und West sich vereint die Arbeiter befreien von dem Druck des Kapitals. Wollen sie das Andenken des Todten ehren, dann tragen Sie diese Ideen hinaus in alle Kreise. Wenn dann auch unsere Uhr abgelaufen sein wird, so wird man auch uns nachrufen können: Sie haben nicht umsonst gelebt! Stehen wir treu zu der Devise: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Und somit lege ich den Kranz auf das Grab des Verstorbenen nieder: Hast frei gelebt, bist frei im Tod, uns winkt der Freiheit Morgenroth!

Wir waren den ganzen Tag über besonnen, und gelobten uns von Neuem Treue zur Fahne, mag kommen, was da will! Den auswärtigen Genossen statten wir nochmals unseren Dank ab.

Den Genossen aber, welche sich uns noch nicht angeschlossen haben, rufen wir zu: Sämet nicht, tretet ein in unsere Reihen mit dem Rottto:

„Fritz auf zum Kampfe!“

J. P.

— **Vom Redar**. Wenn nicht allzuoft von hier aus der Raum unseres Parteiorgans beansprucht wird, so dürfen die Genossen deshalb nicht glauben, daß hier alles in Ordnung sei und Württemberg etwa zu den „besten Staaten“ zu zählen sei. Korruption und Niedertracht, seit Jahrhunderten das Prinzip der schwäbischen Herzoge, haben sich nicht minder als anderswo bei uns eingebürgert und gewissermaßen „demokratisirt“, sofern sie nämlich von den Höfen aus in's Volk gedrungen sind, wenn auch zunächst nur in dessen „oberes Drittel“. Der Beleg über diese Verhältnisse gibt es gerade genug.

Für heute will ich aus einigen schwäbischen Prachtexemplaren ein Sträußlein winden, und den Genossen spenden; wenn dessen Duft gerade nicht sehr angenehm sein sollte, so wird man die Ursache nicht mir zuschreiben dürfen. In der Rätchenstadt, dem „goldenen“ Heilbronn, starb vor nicht langer Zeit der dortige Bürgermeister Wüßl. Der Mann erfreute sich bei den Fabrikpächern großen Wohlwollens; verstand er es doch trefflich, auf Kosten des Gemeindefiskus deren Interessen wahrzunehmen. Im Uebrigen war besagter Wüßl auch zum Landtagsabgeordneten gewählt worden, was ihn jährlich mehrere Monate vom Rathhaus der alten Reichsstadt am Redar fernhielt. Es bildete sich nach und nach in der städtischen Verwaltung ein Schlandrian aus, der sich bis zur permanenten Mißwirtschaft entwickelte.

Der Tod Wüßl's ließ die Schönfärber verstummen. Und wie gewöhnlich in solchen Fällen, nun ging der Tanz los, nun wurde die Mißwirtschaft auf dem Rathhause täglicher Geprüchstoff der Gewitter Schneider und Handschuhmacher. Wir wollen aber der Sache nicht vorgreifen. Zunächst mußte eine Erziehungswahl in den Landtag stattfinden und einigen sich hiebei alle „Ordnungsparteien“ auf einen Kandidaten, eine politische Null, aber ein Fabrikant, sehr reich und ein „Sohn der Stadt!“ Hieran ist nur das eine bemerkenswerthe, die Volksparteiler, d. h. unsere Demokraten, haben hiebei den eifrigsten Reaktionsären Meerfolge geleistet, und zwar unter beherrschter Führung ihres lokalen Hauptlings, des Reichstagsabgeordneten Härtle.

Diese politische Weierfahne und personifizierte Charakterlosigkeit hat allerdings damit dem Haß den Boden ausgeföhren, und jede andere Partei als die demokratische hätte ihn schleunigst aus ihren Reihen herausbefördert; allein Bad schlägt sich und verdrängt sich. Natürlich wurde der Kompromißkandidat gewählt; unsere Genossen erzielten aber mit ihrem Kandidaten, Genossen Apotheker L u h, einen immerhin bedeutenden Erfolg.

Nun kam die Neuwahl eines Bürgermeisters, die im Schwabenlande bekanntlich aus Lebensdauer angefaßt sind. Die Volkspartei stellte einen Amtsrichter auf, noch kandidirten zwei Amtmänner und ein Staatsanwalt. Letzterer erlang den Sieg, und zugestandenemmaßen deshalb, weil die liberale Wirthschaft auf dem Rathhause bereits so arg war, daß die Wähler meinten, nur ein Staatsanwalt könne diesen Kugelschall reinigen.

Besagter Staatsanwalt aber, der neue Schultheiß von Heilbronn, der ehrenwerthe Herr Hegelmaier, verdient es, daß wir ihn den Genossen vorstellen. Daß er der Sohn eines Vaters, der sich im Wahnsinn erhängte, könnte ihm nicht angerechnet werden, wenn nicht die unheilvolle Annahme so viel Rechtfertigung fände, daß in seiner Familie der Wahnsinn erblich sei; hat doch die berufliche Thätigkeit des Staatsanwalts schon oft Spuren davon aufgewiesen, daß des Vaters trauriger Zustand an dem Sohne nicht glücklich vorüberging. Seine Freunde behaupten und gedanklose Schwärmer plappern es nach, daß er „unparteiisch“ sei. Wir wissen aber, daß dies nur dann der Fall ist, wenn Hegelmaier selbst oder seine intimen Freunde nicht theilhaftig sind.

Für seine Unparteilichkeit spricht allerdings folgende Episode: Der Gerichtsnotar Bach, ein Schwiegersohn unseres Kultusministers Gehler, und Befürworter einer halben Million, war wegen Unterschlagungen im Amte in Untersuchung gezogen worden, und gewährt der Untersuchungsrichter denselben verschleierte außerordentliche Vergünstigungen, so z. B. jene des Spazierensfahrens. Als Hegelmaier hiervon erfuhr, äußerte er, Bach müsse wie ein anderer Dämon behandelt werden, was dann auch geschah. Natürlich verschmupfte dies höheren Orts und Hegelmaier wäre jetzt nach Elmangen verlegt worden, wenn nicht seine

Wahl zum Bürgermeister ihn davor bewahrt hätte. Daß aber dennoch meine Zweifel an der Unparteilichkeit Hegelmaier's berechtigt sind, möge nachstehende Episode beweisen: Die jetzt in Stuttgart erscheinende „Württembergische Landeszeitung“ (Organ der Nationalliberalen in Württemberg und der Polizei in Berlin) war früher im Besitze eines Herrn Haagen, eines gewissen Auditor's, der vom Militär deshalb gegangen wurde, weil er eine adamitische Tanzhaltung so ungeheuer arrangirt hatte, daß sie zur Kenntniß der Beförderer kam. Haagen glaubte dem Wunsche seiner Berliner Auftraggeber (die „schwäbischen Postkötze“ für das Vorwärtsthum zu gewinnen) besser entsprechen zu können, wenn er einen Ableger (mit eigener Druckerei) in Redarsum gründete.

Dies geschah, und ein Schriftsetzer machte den „Verantwortlichen“. Haagen und Hegelmaier waren gute Freunde; Letzterer schrieb auch für des ersteren Blätter. Hegelmaier ist der Schwiegersohn des Oberamtsrichters in Redarsum und dieser, der übrigens lieber dem jungen lebensfrohen Bachus als der ersten Themis dient, ein Feind des Stadtschultheißen Fischer in Mundelsheim. So geschah es denn, daß in der Redarsumer Zeitung mehrere Artikel gegen genannten Stadtregenten erschienen, worauf letzterer klagbar wurde und der „Verantwortliche“ vier Monate drummen mußte für die Arbeiten Hegelmaier's und Haagen's.

Nach erlangerter Haft strengte der „Verantwortliche“ eine Klage wegen falschen Eides gegen den als Zeuge in dem betr. Prozesse aufgetretenen Oberamtmann von Redarsum an, die letzterer mit einer Klage auf falsche Anschuldigung erwidert. Unser braver Hegelmaier nimmt jedoch diese Klage nicht an, und erst im Instanzenwege kann der Oberamtmann seine Klage durchsetzen. Nun wird der „Verantwortliche“ wieder in Haft genommen, wo er auch neun Tage bleibt, während dieser Zeit aber in drei Audienzen bei dem Staatsanwalt Hegelmaier bearbeitet wird, seine Klage zurückzuziehen, indem er wahrscheinlich den Amtmann „mißverstanden“ hätte und also nichts erreichen und nur „Abert hineinreiten“ würde. Bezüglich der Klage wegen falscher Anschuldigung wurde der „Verantwortliche“ genau instruiert, was er vor Gericht auszusagen müsse. Und richtig, in öffentlicher Verhandlung, nachdem der „Verantwortliche“ seine Lektion hergeseht, beantragt der unparteiische Hegelmaier Freisprechung „wegen Beschränktheit“ des Angeeschuldigten! Kommentar überflüssig.

Zur Bervollständigung des Bildes sei noch erwähnt, daß der mehr erwähnte Haagen, der Arrangeur adamitischer Bälle, nach kurzer außerordentlicher Beschäftigung auf der Stuttgarter Stadtdirektion nunmehr Amtmann in Schwäbisch-Gmünd wurde, während der Schwiegervater Hegelmaier's disziplinarisch verlegt worden ist. Und eine solche korrupte Bande urtheilt über Recht und Unrecht, und faßelt von göttlicher Ordnung und ähnlichem Unsinn!

Richt wahr, im Schwabenlande, ist's gemüthlich? Nächstens ein anderes Bild, aber auch aus dem Richterstande, der hierzulande am warmstichigsten zu sein scheint.

Dobysseus.

## Partei-Archiv.

### Quittung.

Für das Parteiarchiv gingen ferner ein:

Von C. Lubeck, Oberstraß:  
Demokratische Zeitung 1871 Oktober—Dezember. 1872 Januar bis Juni.

Von G. A. Basel:

- 1 Bericht über den Nürnberg Arbeiterstag 1868.
- 1 G. A. Schtamm: Offener Brief an Dr. Max Hirsch.
- 1 Böhmert: Der Sozialismus und die Arbeiterfrage.
- 1 Thomashemsky: Statistische Notizen für das deutsche Reich. 1883
- 1 H. Staatshandbuch d. Reichs 1883.
- 1 J. Huber: Die Freiheiten der französischen Kirche.
- 1 Bericht über die Verhandlungen des zweiten Vereinstags deutscher Arbeitervereine.

Von E. Münch: 1 Münchner Polizeistände.

Von Bertrand in Brüssel:

Histoire de l'Internationale.

L'Amérique.

Scances du Congrès Ouvrier socialiste de France.

Von J. B. B. Becker in Genf:

Nr. 51. Ein Manuscript.

Von L. G. in London:

1 La Femme au dix-neuvième Siècle.

1 A. Clémence: L'Amnestie au Parlement.

1 Lettre à Victor Hugo sur la question sociale.

Von L. in Riebbach:

- 1 Herwegh: 21 Bogen aus der Schweiz.
- 1 Philosophische Betrachtungen über Pfaffen, Wunderwerke und Teufel. Rom 1790.
- 1 Alexander Herzen: Rußlands soziale Zustände.
- 1 Aus den Memoiren eines Russen.
- 1 Rippert: Die „Prostitution in Hamburg.“
- 1 Strauß und seine Lehre. Ein freies Wort an die freien Bürger in Zürich. 1839.
- 1 Kreis Schreiben Gregor XVI. an die Bürger Zürichs. 1839.

Die Archivverwaltung.

## Briefkasten

der Expedition: Schwarzer Taugenichts: Nr. 2550 Ab. 2. Du. u. Schft. und Nr. 860 Abon. 2 Du. 2 Einsp. erh. Bllg. folgt. — G. Pommer, Lüneira: Bllg. fort. Bl. „Die Frau u.“, sobald Neuauflage fertig. Fehlends abgeg. Gruß! — Gänseleber: Nr. 50 — Ab. 2. Du. erh. Bllg. folgt. Zwischenhand wird stets instrukt. genau eß zu adressiren. — Schwab. Heiland: Nr. 1440 Ab. 1. Du. in Gegr. erh. Bll. Weitered. —

## Anzeigen.

### Gesucht

für sofort ein tüchtiger Metalldrucker. Dauernde Arbeit. Hoher Lohn. Reisekosten werden vergütet. Wegen näherer Auskunft wende man sich an

S. Zimmermann,  
Deutscher Verein Genf, rue Guillaume Tell 5.

### Sozialistische Arbeiterpartei Amerika.

#### Sektion New-York.

Sitzung des Centralcomites jeden Dienstag Abends 8 Uhr in Lincoln Hall, 346 Allen und Houston Street.

Jeden Samstag finden Versammlungen statt. Näheres siehe „New-Yorker Volkszeitung“.

### Sozialistische Arbeiterpartei.

#### Sektion Philadelphia.

Unser Auskunfts-bureau befindet sich:

1,25] Callowhill Street 325 in F. W. Frey's Lokal.

Schwäbischer Genossenschaftsdruckerei Göttingen-Str. 4.